

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnitz, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Monatlicher Bezugspreis mit Unterhaltungs- und Kinderbeilage 1.80 Mk. mit illustrierter Wochenendbeilage „Der Sonntag“ 2.20 Mk. einschl. Bringerlohn, für Selbstabholer 1.70 Mk., mit „Sonntag“ 2.10 Mk. durch die Post 1.80 Mk., Ausgabe A, das ist mit „Sonntag“ 2.20 Mk. zusätzlich Beleggeld.

Redakt. u. Verlag: Leipzig C1, Tauchaer Str. 19/21. Telegr.-Adresse: Volkszeitung Leipzig — Teleph. 72206 — Botkondito: Leipziger Buchdruckerei AG, Leipzig Nr. 53477

Inseratenpreise: Die 10gelpalt. Kolonelle 35 Wg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachl., Stellenangebote 10gelp Kolonelle 25 Wg., Kleine Anzeigen Ueberdruckwort 20 Wg., Textwort 10 Wg., Reklamespalt 2 Mk., Inserate o. auswärtig: die 10gelp. Kolonelle 40 Wg., Reklamespalt 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich samstags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postämter entgegen

Gereke will Arbeit schaffen

Am Donnerstag wurden die sterblichen Reste Eduard Bernsteins zur letzten Ruhe bestattet

Kreditausweitung von 2,7 Milliarden

SPD Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, machte am Donnerstag vor der Presse einige Mitteilungen über das Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung, für das im Rahmen der vom Reichsbankpräsidenten in München zugestandenen Kreditausweitung von insgesamt 2,7 Milliarden Mark etwa 300 Millionen eingelegt werden.

Die Organisation soll möglichst dezentralisiert gehalten werden. Die Kreditvermittlungstellen sind die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentendankkreditanstalt. Die Sorgen vor Fehlinvestitionen, besond. der Reichskommissar, seien im Rahmen der Arbeitsbeschaffung unbegründet. Im wesentlichen handele es sich um die Bekämpfung liegengeliebener Arbeiten, die in normalen Zeiten längst ausgeführt worden wären.

Im Rahmen des Sofort-Programms werden 50 Millionen Mark zur Verbilligung von Hausreparaturen zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Reparaturfonds können Arbeiten im Werte von 250 Millionen Mark durchgeführt werden. Schon die Regierung haben 50 Millionen zur Verbilligung von Hausreparaturen ausgemorfen. Die Summe wurde in kurzer Zeit verbraucht. Mit dem Hausreparaturfonds hat man im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Notwendig ist jedoch eine Verringerung der Richtlinien. Die bisherigen Richtlinien machten es dem kleinen Hausbesitzer schwer, in den Genuss der Staatshilfe zu kommen. Es erscheint notwendig, auch schon bei geringem Aufwand von Reparaturen Zuschüsse zu zahlen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Reichsregierung durch den Mund des Dr. Gereke angekündigt hat, stellt ein Experiment dar, und zwar ein nicht ganz ungefährliches. Ein endgültiges Urteil wird erst gefällt werden können, wenn näheres über die Art der Arbeiten und ihre Durchführung bekanntgegeben ist. Das soll nach der Ankündigung Dr. Gerekes demnächst im Rundfunk geschehen.

Zunächst sollen Kredite in Höhe von 500 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt wird davon abhängig sein, welcher Art die Arbeitsobjekte sind und in welchem Tempo die Bereitstellung der dazu erforderlichen finanziellen Mittel erfolgt. Dr. Gereke hat großen Wert darauf gelegt, der Privatwirtschaft jede Beforgnis zu nehmen, daß sie durch diese öffentliche Arbeitsbeschaffung vernachlässigt würde, da die Arbeiten nicht in Regiebetrieb durchgeführt, sondern als Aufträge an die Privatindustrie vergeben werden sollen. Der privaten Industrie fehlt es heute keineswegs an Kapital, sondern nur an dem Willen, es zu riskieren. Wie die Reichsbankausweise zeigen, sinkt die Beanspruchung des Reichsbankkredits zur gleichen Zeit, in der Geld für risikolose kurzfristige Ausleihungen immer billiger wird und Kredite für risikante Anlagezwecke unverändert teuer bleiben. Das private Unternehmertum scheut aber so sehr jedes Risiko, daß es nicht einmal die Gelder in die Produktion zu stecken mag, die ihm als Geschenke angeboten werden. Das beweist der außerordentlich geringe Gebrauch, der von der großen Chance der Steuergutscheine gemacht worden ist. Da die private Initiative versagt, soll sie durch die öffentliche Initiative „angefurbelt“ werden. Da das Privatunternehmen das Risiko scheut, bleibt kein anderer Weg der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung als der durch die öffentliche Hand. Der Plan Dr. Gerekes läuft aber nach den bisherigen Angaben darauf hinaus, daß dem Unternehmertum das Kreditrisiko abgenommen, aber die Chance der Gewinne überlassen wird.

Die zwischengefallenen öffentlichen Bantinstitute sind nur die rechtlichen Träger der Kreditausweitung, aber nicht die wirklichen. Der eigentliche Kreditgeber ist die Reichsbank. Sie ist der eigentliche Träger des Kreditrisikos, aber auch sie nicht der letzte; das ist vielmehr die Allgemeinheit, der das mit einer so umfangreichen Kreditausweitung verbundene Risiko der Geldentwertung auferlegt wird.

Da dem privaten Unternehmertum weit weniger an der Vermehrung der Arbeitsstellen, als an der Verzögerung seiner Gewinne liegt, besteht die Gefahr, daß die Zunahme der Industrienaufträge zu einer Steigerung der Warenpreise ausgenutzt wird,

und daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung besonders von der bankrotten Schwerindustrie als Mittel der Sanierung durch Anziehen der Preisschraube verwendet wird. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wälderung der Krisenerfahrungen ist, daß die verarbeitende Industrie von der Last der überhöhten Grundstoffpreise befreit wird. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitsbeschaffung durch das Mittel der Kreditausweitung eine Steigerung anstatt eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus bewirkt und daß die Anfänge einer „Konjunkturbesserung“, die die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms etwa bringen könnte, zur Wirkungslosigkeit verurteilt werden, wenn durch Anforberung des Arbeitsbeschaffers und durch die Fortsetzung einer widerständigen Handelspolitik eine weitere Schrumpfung statt eine Hebung der Wirtschaftskraft bewirkt wird. Kein Arbeitsbeschaffungsprogramm kann den Kampf um die Erhöhung der Löhne, die geschickte Beeilegung der Arbeitszeit, die Herabsetzung der Einfuhrzölle und um die staatliche Kontrolle von Produktion und Preisbildung überflüssig machen.

Das Kabinett Poul-Boncour

Warum sich die Sozialisten nicht daran beteiligen

Von E. Grumbach, Paris.

Zum vierten Male seit dem bei den Wahlen im Jahre 1924 erfolgten innerpolitischen Umschwung zugunsten der Linken, sind die französischen Sozialisten jetzt anlässlich der Bildung des Kabinetts Boncour vor die Frage der Regierungsbeteiligung gestellt worden. Zum vierten Male haben sie ablehnend geantwortet.

Im Mai 1924, als der Führer der größten bürgerlichen Linkspartei, die sich „radikal-sozialistische“ nennt, Edouard Herrlot, den berühmten Brief an den Führer der sozialistischen Partei, seinen Schulfameraden Leon Blum, schrieb, erfolgte die Ablehnung durch eine starke Kongressmehrheit vor allem aus prinzipiellen Gründen. Auch fünf Jahre später, als 1929 ein anderer radikaler Führer, der Abgeordnete Daladier, der sozialistischen Fraktion ein neues Regierungsangebot machte und ihr ein verhältnismäßig sehr

Hitler und die „Hündchen-Szene“

Adolf sinkt um — Die „rauhes Kämpfer“ spielen Theater im Göringhaus

Wer klagt gegen Otto Straßer?

Die Millionen schulden der Hitlerpartei

SPD. In der neuesten, am Donnerstag erschienenen Ausgabe des Berliner Nazi-Oppositionsblattes bekräftigt Otto Straßer, trotz und wegen der an ihn aus dem Hitlerlager gekommenen Androhungen, seine Entschlüsse über die Zustände in der Hitlerpartei und über die Ursachen der „Ausbootung“ Gregor Strahers.

Gegenüber allen von den Braunen Häusern gegebenen Dementis hält Otto Straßer seine von uns wieder gegebene Darstellung aufrecht. Er habe von vornherein mit der bekannten Dementiermaschine Hitlers gerechnet. Sie habe auch jetzt wieder prompt funktioniert. Es bleibe also nichts übrig, als den Wahrheitsbeweis anzutreten, und Otto Straßer bietet sich an, seine Behauptungen in einem Monstervertrag vor Gericht eiblich zu erhärten. Er fordert Hitler auf, ihm diese Gelegenheit zu geben, und er werde beweisen:

1. Die Tatsache der Millionen schulden der Hitlerpartei, der Nazi-Prese und der Nazi-Unternehmungen. Dabei dürfe sich niemand täuschen lassen, wenn die meisten dieser Unternehmungen auf einen Privatnamen notariell eingetragen sind, wie zum Beispiel das Braune Haus in Breslau, bei dem als Käufer der Gauleiter Brüder fungierte. Offiziell hatte er zwar für die noch rückständige Summe von 100 000 Mark, deren Monatsraten von 10 000 Mark ins Stottern geraten seien. In Wahrheit seien dies aber Schulden der Nazi-Partei.

2. Otto Straßer behauptet noch einmal die Drohung Schleichers, der SA die Finanzierungsquellen zu verstopfen, falls Hitler „die Anlaufstrecke“ dem Kanzlergeneral verweigere. Hier habe auch Schleicher dementiert. Straßer ruft aber Göring als Zeugen an. Ihm gegenüber sei Schleichers Drohung gefallen. Der Kanzler habe dabei drohend auf die hinter ihm stehenden Wirtschaftskräfte gedeutet, woraus wieder einmal klar ersichtlich sei, wer die „sozialistische Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler finanziere. Die Schwerindustrie, die Großhändler und die Großbanken! Daß die Drohung Schleichers wahr sei, beweist nach Otto Straßer allein die gegenwärtige politische Haltung der Nazi-Partei und ihre Tolerierung.

polit. Die Hitlerpartei hat dem Kabinett Schleicher „die Anlaufstrecke“ gegeben! Keine Propagandafrage wiße diese Tatsache fort!

Um aber Hitler zu zeigen, wie gut wir über die internen Vorgänge in seiner Partei und in seinen Fraktionen informiert sind, schildert Straßer in seinem neuen Artikel „die Hündchen-Szene“ und den Treuschwur der Reichstagsfraktion für Hitler nach dem „Krankheitsurlaub“ Strahers wie folgt:

„Nach kurzer, gemütvoller Ansprache Hitlers, der mit tränen-erfüllter Stimme immer ausrief:

„Daß er mir das antun konnte! Gerade jetzt! Das hält ich nie für möglich gehalten —“, sank der gute Schauspieler „völlig gebrochen“ auf einen Stuhl — und weinte. Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend, und die Tränen liefen ihm über die blassen Waden. Daneben schluchzend Herr Brüder und — Krotobilstränen, leid gelobt — Dr. Goebbels mit weißem Taschentuch. In zweiter Reihe Herr Bernhard Ruff, von einem Weinkampf geschüttelt, und Herr Heino, wüste Drohungen gegen Straßer ausstößend. Im Hintergrund hörte man Strahers sonore Stimme: Der treulose Hund, der Straßer! Unserem Führer solches Leid zufügen.“

Dazwischen drängte und schob sich die Schar der erkannten, empörten, verbitterten, rotlohen Mannen, von denen nur Revenlow mit seinem molanten Gesicht, und Kaufmann und Koch mit ihren roten Köpfen auffielen.“

Otto Straßer schließt seinen Artikel mit den Worten: „So — und wenn es Herrn Hitler oder Herrn Dr. Goebbels gefällt, den Wahrheitsbeweis für die genaue Wiedergabe dieses Bildes zu hören — dann stehen wir ihm vor Gericht mit der Zeugenaussage von etwa 33 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfügung!“

Keine Schmierentomödie könnte eine solche Szene erfinden, kein Maler je einen solchen Delirium, wie ihn hier die Helzen des Dritten Reiches stellen. Die „rauhes Kämpfer“, die Männer aus der Nacht der langen Messer, die Galgenbauer und Hausfeldtreiber, die Erretter des deutschen Volkes weinend um ihren wie ein Klageweib zusammengebrochen und heulenden großen „Führer“ und Oberstabs Adolf. Daneben Meschito, Joseph Goebbels, „der klumpfüßige Vertreter“ die tröpfelnde Nase in das weiße Schnupstuch haltend; wenn die Helzen längst vernichtet sein werden, dies Bild wird bleiben! „An den Wässern Babels“ war nichts das gegen.

Hast Du schon ein neues Parteimitglied gewonnen?

Paul-Boncour vor der Kammer

Vertrauensvotum mit 379 gegen 166 Stimmen angenommen

Das Regierungsprogramm

SPD Paris, 22. Dezember.

Das Kabinett Paul-Boncour stellte sich am Donnerstagmorgen dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung, deren Wortlaut in einem am Vormittag stattgefundenen Ministerrat festgelegt worden war. Die Abgeordnetenbanken und Tribünen waren stark besetzt.

Die wichtigsten Stellen der ziemlich umfangreichen Regierungserklärung lauten: „Die Regierung versteht sich keineswegs die Schwierigkeiten, unter denen sie zu kämpfen haben wird. Unter außerordentlich heissen Umständen war eine Ministerkrise ausgebrochen. Weder das Prestige des gestürzten Ministerpräsidenten, noch die Politik, die er vertrat, sind in irgendeiner Weise berührt worden. (Beifall links.) Die Zusammenlegung unseres Ministeriums legt Zeugnis von unserem Willen nach Kontinuität ab. Diese Kontinuität ist nicht nur eine berechtigte und herzliche Guldigung für das Werk des Ministerpräsidenten Herriot; sie erscheint uns auch als notwendig, um die Autorität der Minister über die Dienststellen, die sie zu verwalten haben, aufrechtzuerhalten. Die Wiederherstellung der Staatsautorität in einer Demokratie, die der Ausdruck des Volkswillens ist, wird eine unserer Richtlinien, der erste und wesentlichste Artikel unseres Programms sein. (Beifall auf allen Bänken.)

Wir werden, wenn uns Zeit gelassen wird und trotz aller Kämpfe, die wir bestehen müssen, die sühnen Reformen durchführen, für die uns die Wähler gewöhnt haben. (Großer Beifall links.)

Zunächst müssen die Finanzen sanfter, muß das Defizit beseitigt und der durch das Mißverhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und den Erträgen der Unternehmungen in Bruch gegangene Ausgleich des Budgets wieder hergestellt werden. Energische Einsparungen sind notwendig und unermüdlich. Alle Länder, die leben wollen, haben sie durchgeführt. Die Methode und die Höhe dieser Einsparungen werden wir später bekanntgeben. Für dieses Werk werden wir getrennt unseren Grundfragen an die Mitarbeit der Parlamentsauschüsse und auch an die betreffenden Personen selbst, d. h. an die Beamten und Kriegsteilnehmer appellieren. Denn wir erklären sofort, daß wir außer gemeinsamen Opfern, die alle Bürger bringen müssen, föhliche Ersparnisse nur in der Reorganisation der Verwaltung, in der Abschaffung der unnützen Beamtenstellen und in der Vereinfachung des Mechanismus finden. Für den Augenblick werden wir nur ein provisorisches Budget für den Monat Januar verlangen.

Die zweite unserer wichtigsten Aufgaben ist die Regelung der Kriegsschulden.

Wir sind der Ansicht, daß die Umstände und die Komplexität der gegenwärtigen politischen Lage in Amerika uns bestimmen, die Verhandlungen mit einer äußersten Vorsicht zu führen. Ihre Richtung wird durch das Votum der Kammer vom 12. Dezember ausgegeben. Seit diesem Votum, das sofort der amerikanischen Regierung mitgeteilt worden ist, ist glücklicherweise der Kontakt mit Amerika aufrechterhalten worden, und wir sind dankbar dafür, daß in Washington ernsthafteste Anstrengungen unternommen worden sind, um die Schwierigkeiten beizulegen. Wir werden die Verhandlungen mit dem festen Willen führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die der Anordnung ein Ende macht, die die Lasten der Regierungsschulden für die allgemeine wirtschaftliche Gesundung nach sich zieht. Zu gleicher Zeit, in vollem Einvernehmen mit den Staaten, mit denen Frankreich durch Bande verknüpft ist, die auf gemeinsamen Bestrebungen ruhen, ohne Hintergedanken gegenüber dritten Mächten, im Bemühen der wirksamen Freundschaft unserer englischen Nachbarn sowie im dem Wunsch, jede Schwierigkeit beizulegen, werden wir uns bemühen, andere internationale Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen.

Die vorige Regierung hat sich mit Erfolg darum bemüht.

mittiges Regierungsprogramm vorlegte, spielten die prinzipiellen Erwägungen immer noch eine große Rolle bei der Abklärung, die damals mit 1573 gegen 1450 Mandate beschloffen wurde.

Dagegen hat sich der im Saal Hungers zu Paris nach den Wahlen 1932 stützige Kongress der französischen sozialistischen Partei, der Stellung zu nehmen hatte zu dem Angebot Herriots, in die Regierung einzutreten, sich auf einen anderen Boden gestellt, indem er prinzipiell seine Bereitwilligkeit dazu ausproch, aber ein praktisches Programm ausarbeitete, dessen Nichtannahme durch Herriot zur beinahe einstimmigen Ablehnung führte.

Als es letzte Woche feststand, daß Paul-Boncour mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt würde, wußte alle Welt, daß erentschlossen war, sich an die Partei zu wenden, um sie zur direkten Mitarbeit aufzufordern. In der Tat hat Boncour den Präsidenten der Republik sofort davon unterrichtet, daß er entschlossen sei, den Sozialisten den Eintritt in die Regierung anzubieten. Und ehe er sich an die radikal-sozialistische Partei wandte, hatte er Besprechungen mit dem Fraktionsauschuß, der in seinem Bericht an die Gesamtfraktion einstimmig seine Ueberzeugung zum Ausdruck brachte, daß es Boncour sehr ernst um die Mitarbeit der Sozialisten innerhalb der Regierung zu tun gewesen sei. Wenn die Fraktion trotzdem, nach längeren Debatten, beinahe einstimmig den Beschluß faßte, das Angebot Boncours nicht anzunehmen, so aus folgenden Gründen:

Boncour hatte dem Fraktionsauschuß die wesentlichen Jüge seines Regierungsprogrammes auseinandergesetzt, wobei er, u. a. die wichtige Erklärung abgab, daß er die von dem vorigen Kabinett ausgearbeiteten Entwürfe, betreffend eine allgemeine Herabsetzung der Beamtgehälter, zurückziehen werde. Das wäre ein Punkt gewesen, der die Fraktion hätte bestimmen können, seinem Beteiligungsangebot Folge zu leisten. Aber in wichtigen anderen Punkten, betreffend die Rationalisierung der Versicherungsgesellschaften, die Umorganisation der Eisenbahngesellschaften, die Gestaltung des Militärbudgets, erklärte sich zwar Boncour mit dem Programm von Hungers völlig einverstanden, fügte jedoch hinzu, daß angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Kassenlage des französischen Staates diese Reformen nicht, wie es die Sozialisten für notwendig hielten, unmittelbar in Angriff genommen werden könnten. Unter diesen Umständen hat es die Fraktion nicht für nötig gehalten, den Parteivorstand zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Nationalrates aufzufordern, dem die endgültige Entscheidung in solchen Fällen vorbehalten ist.

Dagen haben einige Fraktionsführer, darunter Leon Blum, Boncour aufgefodert, nicht auf dem anfangs von ihm vertretenen Standpunkt zu verharren, unter keinen Umständen die Regierungsbildung ohne direkte Mitarbeit der Sozialisten zu übernehmen. Da auch der Präsident der Republik und der bisherige Ministerpräsident Herriot einen stärkeren Druck auf Boncour ausübten, um ihn zu veranlassen, aus der sozialistischen Abjage nicht die Konsequenz zu ziehen, den ihm erteilten Auftrag wieder zurückzugeben, hat Boncour nach einigem Zögern das neue Kabinett auf die Füße gestellt.

Allerdings ist es ihm dabei nicht gelungen, wie er es angekündigt hatte, ehe die Antwort der Sozialisten vorlag, „etwas absolut Neues“ zu schaffen. Sein Kabinett gleicht allen anderen Ministerien, wenn er auch den am weitesten links stehenden Kabinetts Daladier ins Kriegsministerium schickte, den in außenpolitischer Hinsicht fast immer mit den Sozialisten marschierenden 37jährigen Kabinetts Pierre Cot zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Ministerium ernannte und den erst vor wenigen Wochen anläßlich eines Abstimmungsstilles aus der sozialistischen Partei ausgegliederten Eugène Frot zum Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentium machte.

Wirklich „etwas Neues“ hätte Boncour nur zustande bringen können, wenn er die Kühnheit aufgebracht hätte, so wie die sozialistische Partei es ihm vorschlug, den offenen Kampf gegen die wirtschaftlichen und finanziellen „Kongregationen“ aufzunehmen. Dann wäre zweifellos die sozialistische Partei auf Grund ihrer jüngsten Kongreßbeschlüsse bereit gewesen, mit ihm die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Mit Rücksicht auf die internationale Lage und den direkten Einfluß, den sie innerhalb der Regierung auf die Führung der verschiedenen Verhandlungen in Genf hätte gewinnen können, wäre der Nationalrat zweifellos bereit gewesen, den Eintritt in die Regierung zuzubilligen: aber eben nur unter der Voraussetzung eines futuristischen Aktionsprogramms, durch dessen Verwirklichung tatsächlich etwas Neues geschaffen worden wäre. Erinnerungen aus der Vorkriegszeit, Erfahrungen, die seither in anderen Ländern gemacht wurden, haben die französische sozialistische Partei mißtrauisch und vorsichtig gemacht.

Die öffentliche Meinung Frankreichs und das Parlament sind sich klar darüber, daß die Frage der Beteiligung der Sozialisten an einer Regierung im Laufe der nächsten Legislaturperiode sich bei jeder neuen Krise wieder stellen wird.

Jetzt schon versucht die gesamte reaktionäre Presse all die furchtbaren Gefahren auszumalen, die infolge dessen Frankreich bedrohen.

Daß Paul-Boncour den Sozialisten ein formelles Angebot machte, hat die führenden Blätter des französischen Großkapitals, wie den „Temps“ und vor allem das dem Munitionsgroßfabrikanten, Senator de Wendel, gehörende „Journal des Débats“, zu den schärfsten Angriffen gegen den neuen Ministerpräsidenten veranlaßt.

In zynischer Enttäuschung und in ihrer Wut gesticht das Herikal-dauvinistische „Echo de Paris“ sogar ein, daß die Rechte, als Boncour Anfang dieses Jahres aus der Partei austrat, erhofft hatte, daß er auf die Spaltung der Sozialisten und nicht auf ihre moralische Stürzung hinarbeiten werde, wie das jetzt der Fall sei.

In der Tat hat Boncour, seitdem er sich von der Partei trennte, in die er während des Krieges als Dreißigjähriger eingetreten ist, alles vermieden, was derlei Hoffnungen hätte rechtfertigen können. Deshalb wird auch die Partei sein Regierungsexperiment in vollster Objektivität, ohne jede Voreingenommenheit seiner Person gegenüber, verfolgen und seinem Kabinett einstweilen ihre parlamentarische Unterstützung gewähren.

Briefwechsel Roosevelt-Hoover

WTB Washington, 22. Dezember.

Der Briefwechsel zwischen Roosevelt und Hoover wurde heute vom Weißen Hause veröffentlicht. Aus dem Schreiben Roosevelts geht hervor, daß der zukünftige Präsident eine gemeinsame Verantwortung irgendwelcher Art ablehnt. Diese Ablehnung bezieht sich sowohl auf die Ernennung einer Revisionskommission für die Kriegsschulden, wie auch auf alle anderen internationalen Fragen.

Roosevelt erklärt, er wüßte sich die Hände freizuhalten, bis er am 4. März sein neues Amt antritt.

Abschied von Eduard Bernstein

SPD Am Donnerstagnachmittag nahm die Sozialdemokratische Partei ihr immer Abschied von einem ihrer größten Kämpfer, von Eduard Bernstein.

Auf dem schlichten Sarg, der die sterbliche Hülle von Eduard Bernstein birgt, liegt ein Strauß roter Nelken. Unendlich groß ist die Zahl der Kränze, die dem treuen Mitarbeiter, dem „Lehrer und Vorkämpfer“, dem „Patriarchen der Sozialdemokratie“, „unserem Kameraden“, dem „Streiter für Volkswort und Freiheit“ bei seiner Beisetzung im Krematorium Berlin-Wilmersdorf gewidmet wurden. Die Halle vermag die Zahl der Trauergäste nicht zu fassen. Sie alle sind da, die Mitkämpfer des Toten aus Partei und Gewerkschaft und aus der Internationale.

Weihenolle Musik leitet die Trauerfeier ein. Die Gedächtnisrede hält Friedrich Stampfer: „Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie von Berlin, der Stadt, deren Sohn Eduard Bernstein war, entbieten dem großen Kämpfer, dem lieben Freund ihren letzten Gruß. In der Proletarierwohnung seines Vaters, des Lokomotivführers Bernstein, war das kommunistische Manifest ebensohinweg bekannt, wie die Schriften von Lassalle bekannt waren. Aber als dann der junge Bantangelstele in einem privaten Kreis von den Zielen der Sozialdemokratie erfuhr, da schloß er sich der Bewegung an, zuerst nicht als Klassenkämpfer, sondern aus dem Gefühl heraus, das ihn für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfen ließ. Er wurde Klassenkämpfer. Das Sozialistengesetz vertrieb ihm die Helmat. Er mußte hinaus ins Exil, in dem er beinahe zwei Jahrzehnte zubrachte. Er verarbeitete das Gelfesgut von Marx und Engels, und ohne

Kautsky und ihn wäre aus der esoterischen Lehre niemals eine Massenbewegung geworden. Als er dann nach Deutschland zurückkehrte, lernten wir in der internationalen politischen Verträglichkeit einen einfachen, lieben Menschen kennen. Es kam der Krieg, den er besonders bitter empfand, und es kam die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung. Bernstein aber war es, der als einer der ersten die Parole der Wiedervereinigung ausgab und betätigte, und als dann die Einigung da war, da waren wir alle stolz, unseren Eduard Bernstein als einen der Würdigsten, sei es als Publizist, als Wissenschaftler, als Mitglied der Reichstagsfraktion oder als Stadtdorordneten, in unseren Reihen zu wissen. Erst als das Alter ihn zwang, setzte er sich zur Ruhe. Ihm sei der Frieden, uns aber in seinem Geiste der Kampf.“

Im Namen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der niederländischen Sozialdemokratie sprach Bliegen Worte des Abschieds: „Er war einer der wenigen noch lebenden Pioniere aus der Helbenzeit des Sozialismus. Er verachtete die Waffen der Barbaren, sein Schwert war der Geist. Zur Schulung der Arbeiter in allen Ländern trug er Unvergleichliches bei. Er wies den Sieg revolutionären Kampfes mit demokratischen Methoden.“ Im Namen der Leitung der Sozialistischen Monatshefte würdigte Kampfer das sozial schöpferische Wirken Bernsteins. Gumbach, Paris, dankte dem Toten im Namen der französischen Sozialisten.

Wieder erklang Trauermusik. Die Fahnen senkten sich, der Sarg verschwand, die Sozialisten der Welt hatten von einem ihrer Besten Abschied genommen.

Schandstreich Wiener Nazisbanditen

SPD Wien, 23. Dezember.

Am Freitagvormittag wurde von Sakentzulein ein Angriff mit Tränengasbomben auf das Zentralgebäude der österreichischen Postparasse, das größte finanzielle Geldinstitut, unternommen. Die Sakentzulein haben den ganzen Rasenlauf, in dem sich zahllose Menschen befanden, um dort Geld abzugeben und einzuzahlen, unter Tränengas gesetzt. Es entstand eine Panik. Polizei wurde herbeigerufen. Die Feuerwehr arbeitet zur Zeit im Haus, um die Gefahr zu bannen und die eingeschlossenen Menschen zu retten. Es besteht die Annahme, daß die Sakentzuleinbanditen mit diesem Angriff, der durch nichts motiviert werden kann, nur die Absicht hatten, die Möglichkeit für Raub und Plünderung zu schaffen. Da die Polizei zur Zeit noch im Hause arbeitet, ist nicht bekannt, ob die Rowdys schon verhaftet sind.

Ende November war gegen den Schriftsteller Arnold Wieth von Gollmann, der unter dem Schriftstellernamen Ludwig Renn bekannt geworden ist und der bei der Durchsuhung der marxistischen Arbeiterhefte festgenommen worden war, Haftbefehl erlassen worden. Jetzt hat das Reichsgericht gegen Ludwig Renn die Voruntersuhung wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Teilnahme an einer verbotenen Verbindung eröffnet. Ludwig Renn wird vorgeworfen, Umsturzpläne in Zeichnungen und in Briefen verbreitet zu haben.

Das Urteil im Caro-Belchel-Prozess

Caro freigesprochen

WTB Berlin, 23. Dezember.

Das Landgericht sprach heute nach sechsmoatiger Verhandlung des Prozesses gegen Geheimrat Caro den Angeklagten frei. Dem Nebenkläger werden die Kosten des Verfahrens und die dem Angeklagten erwachsenen Kosten auferlegt.

In der Begründung des Freispruchs im Caro-Belchel-Prozess wird gesagt, daß das Gericht alle Verdachtsmomente erwoogen habe, aber es sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts nachgewiesen ist, daß der Angeklagte die Missetat nicht gegeben habe. Es müßte zwar, wenn keine Missetat gegeben sei, die Quittung gefälscht sein. Wenn die Quittung gefälscht sei, müßte die Forderung deswegen aber nicht unbegründet sein. Als weiterer Verdachtsmoment sei das Verhalten des Angeklagten in dem ganzen Verfahren angegeben worden, das für seine Schuld spreche. Dieses Verhalten sei zwar eigenartig, aber das Gericht halte dadurch den Nachweis einer Schuld für nicht erbracht. Nach Auffassung des Gerichts würde sich Caro genau so verhalten haben, wenn man ihm in seiner Behauptung folge, daß ihm weniger daran lag, schnell zu seinem Gelde zu kommen, als vielmehr daran, Janga Belchel zur Freigewinnung vor ein deutsches Gericht zu bringen.

Durch Hindenburg begnadigt. Der Reichspräsident hat dem dänischen Hauptmann Lemboert, der vor Jahren wegen Spionage zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden war, begnadigt.

„Schleichers Aufstieg“

„Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution“

So lautet der Titel eines Buches, das unmittelbar vor Weihnachten im Verlag Rowohlt erschienen ist. Die Schrift hat zwei Verfasser. Dafür fehlen ihm das Vorwort und das Register. Das Vorwort würde besonderes Interesse beanspruchen dürfen, da man schon wissen möchte, welchem der Verfasser die Urheberhaftigkeit für die einzelnen Kapitel zuschreiben will. Wenn nicht alles täuscht, stammen die Beiträge über die Schachzüge des Herrn von Schleicher aus der Feder von Kurt Caro, während Walter Dehme den „historischen“ Teil, den „Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution“ geschrieben haben dürfte.

Der „historische“ Teil befaßt sich mit dem Aufstieg des neuen Militarismus in Deutschland, an dessen Abschluß die Reichstanzlerschaft des Herrn von Schleicher steht. Bis in die Novembertage zurück verfolgt das Buch den Wirkungsbereich des Herrn von Schleicher. Von besonderem Interesse sind heute insbesondere die Runderreden des neuen Kanzlers. Es waren Antworten auf kleine Anfragen, denen er am 30. Juli 1920 dem Augsburger Genossen Simon A. Schwaben erteilt worden ist. Zwei Jahre später antwortete er dem Genossen Vogel, dem jetzigen zweiten Vorsitzenden der Partei, auf eine Interpellation über die damals an der Tagesordnung befindlichen Reden von Reichswirtschaftsminister auf den alljährlichen Reichstagsversammlungen, mit denen die Gestalt des neuen militärischen Deutschland aus der Taufe gehoben worden ist. Die zweite Erklärung, die Schleicher im Auftrag des damaligen Reichswehrministers Gehrter im Reichstage abzugeben beauftragt war, hatte einen Sturm zur Folge, über den Herr von Schleicher wohl selbst am meisten erstaunt gewesen ist. Obgleich die Militärvereinsredner aus Reichswehrkreisen auf die verfassungsmäßigen Grundlagen der Republik in ihren Ansprüchen nicht immer Rücksicht nahmen, erklärte Herr von Schleicher frank und frei von der Reichstagstribüne herab, daß die Genehmigung für derartige Reden nur gegeben würde, wenn „nach sorgfältigster Prüfung aller Unterlagen, insbesondere der Persönlichkeit der Vortragenden und der bei der Feier beabsichtigten Rede, ein würdiger und unpolitischer Verlauf sichergestellt ist und jede Kundgebung gegen die jetzige Regierungsform ausgeschlossen erscheint“. Der demographische Bericht des Reichstages registriert: „Großer Tumult: Eine Verhöhnung des Reichstages!“ Damit führte sich Herr von Schleicher parlamentarisch ein.

Der „historische“ Teil des Buches bringt eine Reihe interessanter Begebenheiten, die dem Leser längst entfallen sind. Im allgemeinen aber befaßt sich er mit der Sozialdemokratie. Der Verfasser trüffelt manches, was zu akzeptieren ist. Andererseits ist in seinen Darstellungen viel Schiefes enthalten. Der Schluß liegt nahe, daß der Verfasser dieser Teile Herr Walter Dehme ist. Dieser gehörte bereits auch zu den Mitarbeitern der Leipziger Volkszeitung. Er war Mitglied der USF, verließ dann aber spurlos in der Verfassung und zwar aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen. Gerade diese aber nehmen Herrn Walter Dehme jedwedes Recht, Kritik zu üben. Mit einem solchen „Geschichtsforscher“ zu diskutieren, wird abgelehnt.

Weil bedeutungsvoller sind die Parteien des Buches, die sich, wie schon bemerkt, mit den Schachzügen beschäftigen, die der „politische General“ etwa seit dem Sturz Hermann Müllers unternommen hat. Er war in Wirklichkeit der leitende Geist, der hinter den Kulissen die Figuren schob. Das vorliegende Buch bringt interessante Mitteilungen über die Vorgänge, die im April/Mai 1932 zum Sturz des Herrn Dr. Brüning führten. Von Schleicher war der „Wahllohn“ seines einstigen Chefs und Vorgesetzten, Brüning hat Herrn von Schleicher die Wege gebahnt, auf denen er den Aufstieg zum Reichstanzlerposten genommen hat. Bereits im Jahre 1911 berief ihn der damalige Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, Herr Dr. Brüning, in seinen Arbeitskreis. Seitdem haben beide in engen Beziehungen miteinander gearbeitet. Um so größer war die Enttäuschung Dr. Brüning über die Rebellion, die der „Wahllohn“ gegen den „Wahllohn“ führte, nachdem Herr von Schleicher plötzlich entdeckte, daß sein Entschluß, die SA-Formationen zu verbieten, doch nicht der richtige sei. Diese Parteien der vorliegenden Schrift gehören zu den interessantesten Kapiteln des gesamten Buches.

Da das Buch gegen Schleicher gerichtet ist, bleibt nur die Annahme übrig, daß der Verfasser dieser Kapitel entweder von Herrn Dr. Brüning selbst, oder aber von einem Manne informiert sein muß, der dieses Kulissenpiel in allernächster Nähe mit erleben konnte. Ob sich die Vorgänge alle in den Formen abgepielt haben, wie sie geschildert werden, bleibt zweifelhaft, da kontrollierbare Angaben, die in diesen Parteien des Buches zu finden sind, den Tatsachen nicht entsprechen.

So wird u. a. mitgeteilt, daß Herr von Schleicher auch Hermann Müller den Todesstoß verjagt habe, indem er „Hindenburg das Demissionsgeschick des Reichswehrministers für den Fall ankündigte, daß der Reichspräsident den sozialdemokratischen Reichstanzler außerordentliche Vollmachten erteilen sollte“. Die Darstellung findet sich noch an einer anderen Stelle dieser Schrift. Keiner der beiden Verfasser dürfte imstande sein, auch nur den entferntesten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptungen zu erbringen, soweit sie den verstorbenen Genossen Hermann Müller betreffen.

Auf Seite 266 wird zu den Ausführungen Stellung genommen, die der Genosse Breitheid im Juli 1932 auf dem Bezirksparteitag der Leipziger Sozialdemokratie machte. Breitheid verwies auf die Kulissenspiele, die Herrn Dr. Brüning zu Falle brachten. Seine Ausführungen stützten sich auf Informationen aus so autoritativer Quelle, daß sie nicht bestritten werden konnten, und infolgedessen auch niemals demontiert worden sind. Die vorliegende Schrift teilt nun mit, daß sich Herr von Schleicher in einem Brief an Breitheid wandte, in dem er diesen zu einer Aussprache bat. Breitheid laute zu. Allerdings nur unter der Bedingung, daß er einen Zeugen für die Aussprache mitbringen dürfe. Er schloß den Genossen Stämpfer vor. Das Buch teilt mit, daß daraufhin diese Aussprache niemals zustande kam. Sie ist zustande gekommen. Stämpfer wählte als Zeuge der Unterredung zwischen Breitheid und von Schleicher bei, in der über den Sturz Brüning gesprochen worden ist.

Aus diesen beiden feststehenden Unrichtigkeiten muß der Schluß gezogen werden, daß auch die anderen Mitteilungen über die Vorgänge hinter den Kulissen mit einiger Skepsis zu bewerten sind. Trotz dieses Vorbehalts sind die vorerwähnten Parteien des Buches dem Studium dringlich zu empfehlen. Sie zeigen den Herrin Reichstanzler von Schleicher, wie er wirklich ist. Der politisierende General, der es verstanden hat, seit den Tagen der Novemberrevolution alle Fäden in seine Hand zu bringen, um dann in entscheidender Stunde die Macht zu übernehmen.

Jetzt hat Herr von Schleicher auf dem Kanzlerstuhl. Er muß beweisen, ob er praktische Arbeit leisten kann. Die Arbeiterklasse hat von Herrn Schleicher nichts zu erwarten, trotz aller sozialer Redefloskeln. Breitheid kommt recht bald der Mann, der auch Herrn von Schleicher zur Seite drängt. Vielleicht mit den gleichen Mitteln, in deren Anwendung allerdings Herr von Schleicher unbedrängten Meister war.

* Kurt Caro und Walter Dehme: Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin. 282 Seiten. Kartiert 4,80 Mark.

Amerika wird naß

Das Repräsentantenhaus genehmigte die Biersteuern mit 280 gegen 166 Stimmen. Dieser Beschluß wird von den „Rassen“ als das Ende des Alkoholverbots gewertet. Es ist jedoch zweifelhaft, ob der Senat das Biergesetz genehmigt. Der Einspruch des Präzidenten Hoover ist sicher.

Die Prohibitionsgegner begründeten ihre Zustimmung zu der Biersteuern vor allem mit den aus ihr zu erwartenden Steuereinnahmen. Fünf Dollar pro Maß und tausend Dollar für jede Brauereizug, Summen, die ausreichen, den Staatsetat zu balancieren.

Auswirkungen der Amnestie

Das Ende des Felsen-Verfahrens

GW Berlin, 22. Dezember.

Nach mehr als zweimonatiger Verhandlung wurde im Felsen-Verfahren das Urteil verkündet. Die kommunistischen Angeklagten Becker und Schön wurden wegen Verstoßes gegen die Verfassung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unteruchungshaft verbüßt sind. Wegen alle übrigen Angeklagten wurde auf Grund der Amnestie das Verfahren eingestellt.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung war es in der Nacht zum 19. Januar d. J. in der Kolonie Felsen im Norden Berlins zu einer blutigen Schlägerei zwischen kommunistischen Gegnern gekommen, bei der ein Nationalsozialist und ein Kommunist getötet wurden. Angeklagt waren wegen dieses Ereignisses sechs Nationalsozialisten und 23 Kommunisten. Die erste Verhandlung, reich an Zwischenfällen, fand ihr Ende, als sich der Vorsitzende des Gerichts und ein Beisitzer als befangen erklärten. Die zweite Verhandlung begann am 17. Oktober.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß eine ganze Reihe schwerwiegender Verdachtsmomente für Totschlag, der bekanntlich nicht unter die Amnestie fällt, gesprochen

hätte. Es reihe aber doch nicht fest, wer in der Nacht vom 18. zum 19. Januar in der Berliner Kolonie Felsen die Schüsse, durch die ein Kommunist und ein Nationalsozialist ums Leben kamen, abgegeben habe. Das Gericht hätte aber auch nicht auf gemeinsamen Totschlag erkennen können. Der verhängnisvolle Zusammenstoß habe mit großem Unfug angefangen, als SA-Leute Steine gegen Laubentkolonisten warfen; die anschließenden Vorgänge seien nicht restlos aufgeklärt.

Das Gericht hat mit seinem Urteil zweifellos mehr Einfluß geübt, als der Staatsanwalt, der seine sehr hohen Strafanträge über 90 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Gefängnis stellte, daß die angeklagten Nationalsozialisten auch im Falle ihrer Beurteilung amnestiert worden wären, während die kommunistischen Angeklagten wegen Totschlags auf 5, 6 und sogar 8 Jahre ins Zuchthaus hätten wandern sollen.

Offizier freigelassen

Der Herausgeber der „Weltbühne“, Karl von Offizier, ist wie das Berliner Tageblatt meldet, am Donnerstagabend auf Grund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden. Er war wegen Landesverrats zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Notverordnung vor dem Staatsgerichtshof

Eine Klage der württembergischen SPD-Fraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs Klage auf Aufhebung des Artikels 4 der jüngsten Notverordnung des württembergischen Staatsministeriums vom 21. September 1932 erhoben, durch die die nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für den 31. März 1933 vorgesehene restlose Durchführung des achten Volksschuljahres „bis auf weiteres“ vorübergehend werden, d. h. in Wirklichkeit überhaupt nicht mehr erfolgen soll. Bei dieser Maßnahme stütze sich das württembergische Staatsministerium auf die durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 und 7. Oktober 1931 den Landesregierungen erteilte Ermächtigung, zum Zweck der Herabsetzung des finanziellen Aufwands in den Haushalten des Staats und der Gemeinden von geltendem Landesrecht abzuweichen.

Die Klage der sozialdemokratischen Fraktion wird in erster Linie damit begründet, daß Artikel 145 Satz 1 der Reichsverfassung, der das achte Schuljahr vorschreibt, zwingendes Recht ist, das auf Grund des Artikels 48 weder vom Reichspräsidenten noch von einer Landesregierung außer Kraft gesetzt werden kann. Außerdem macht die sozialdemokratische Fraktion geltend, daß die Aufhebung des württembergischen Staatsministeriums insofern auch eine Übertretung der vom Reichspräsidenten erteilten Ermächtigung darstellt, als sie schematisch die Verpflichtung zur Durchführung des achten Schuljahres für alle Gemeinden des Landes aufhebt, in denen es bisher noch nicht bestanden hat — das ist die überwiegende Mehrzahl —, also auch dort, wo keine Durchführung gar keine Mehrausgaben verursacht, den Ausgleich des Haushaltes also gar nicht gefährden kann. Mit Rücksicht auf die praktische Bedeutung der Entscheidung für das am 1. April 1933 beginnende neue Schuljahr haben die Antragsteller um eine beschleunigte Erledigung des Verfahrens ersucht.

SACHSEN

Wieder einer von Adolfs Verbrechergarde

GW Zwickau, 23. Dezember.

Vom Schwurgericht Zwickau wurde der Studienrat Dr. Polke, der der Nationalsozialistischen Partei angehört, wegen Aufruhr an einer Schülerin und Verleitung zum Weisheit zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung, die sich über zwei Tage erstreckte und unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, brachte ungeheuerliche Dinge über das Treiben dieses Menschen zutage. Selbst die Verteidigung rügte in einer Erklärung von diesem sauberen Patron ab.

Im sächsischen Landtag hatte Nazi-Studentenfront die Freiheit zu sagen: „Alle Verbrecher sind Nazis!“

Noch mehr Hunger

Der einschneidende Frost zwang zu starken Entlassungen in den Augenberufen, und auch die Weihnachtsaufträge in Textil-, Bekleidungs-, Holz- und Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe sowie im Vertriebs- und Handlungsgewerbe sind zu einem großen Teil schon aufgearbeitet, so daß Arbeitskräfte in größerem Umfang entlassen werden mußten. Eine Stütze des Arbeitsmarktes bildete stellenweise noch der betriebliche Beschäftigungsgrad der Granitsteinindustrie. Dagegen kamen in den meisten Arbeitsamtsbezirken zahlreiche Zeitarbeiter, die von der Reichsbahn beschäftigt wurden, zur Entlassung, so daß im ganzen eine beträchtliche Neubelastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 654408 am 30. November auf 677787 am 15. Dezember, also um 23381 oder 3,6 v. H. Die Zunahme ist bei den männlichen Personen am stärksten, doch mußte dieses Mal infolge der abflauenden Saison in der Industrie, die vorwiegend weibliche Personen beschäftigen, auch bei den weiblichen Personen die verhältnismäßig erhebliche Zunahme um 2,7 v. H. Arbeitslosende in der Verhältnis festzustellen werden. Am 15. Dezember 1932 lag die Zahl der Arbeitslosen um etwas über 45000 oder 7,1 v. H. über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Bei den beiden Unterstützungseinrichtungen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erfolgte im Berichtszeitraum von Ende November bis Mitte Dezember ebenfalls eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 66018 auf 70098, also um rund 4000 oder 6 v. H., und in der Krisenfürsorge von 131449 auf 138599, also um 7150 oder 5,4 v. H. Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen betrug Ende November 298715.

Entsprechend der vorgeschrittenen Jahreszeit ist die Zahl der Arbeitslosen weiter zurückgegangen, und zwar von 6572 Ende Oktober auf 4900 Ende November. Beachtlich ist jedoch, daß infolge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung die Zahl der Notstandsarbeiter in diesem Jahre wesentlich über der Zahl zur gleichen Zeit des Vorjahres beschäftigtiger Notstandsarbeiter liegt, nämlich Ende November 1932 um rund 3800, also um über 200 v. H. über dem Stand von Ende November 1931. Außerdem wurden am 3. Dezember d. J. noch 21664 im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigte Jugendliche gezählt, die in der Zahl der Arbeitslosen mit enthalten sind.

Verhaftungen wegen Devisenschleudungen

ZU Dresden, 22. Dezember.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind am Donnerstagvormittag auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Dresden die Inhaber der Zigarettenfabrik „Haus Bergmann“, Generaldirektor Karl Bergmann und Direktor Siegmund Bergmann, verhaftet worden, weil sie unter dem Verdacht der Devisenschleudungen seien. Es soll sich um Millionenbeträge handeln.

Regierungserklärung Broquevilles

GW Brüssel, 22. Dezember.

Ministerpräsident de Broqueville verlas am Donnerstag in der Kammer die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. Sie ist außerordentlich sachlos und unbestimmt, läßt aber deutlich durchblicken, daß die Regierung die Absicht hat, der wachsenden Finanzschwäche hauptsächlich durch weitere Belastungen der breiten Massen Herr zu werden.

Im Namen der sozialistischen Partei kündigte Vanderauwere die Regierung die schärfste Opposition an. In der Regierungserklärung lese kein Wort von den Arbeitslosen, die in immer größeren Scharen die Städte und die Industriegebiete füllen, nichts von den Bezügen der Invaliden. Zum Mißbrauch der Religion zu Parteizwecken solle sich nun die Verfolgung durch Polizei und Gendarmen stellen. Die Arbeiterklasse, die sich nicht vor dem Krummtast der Bischöfe gebeugt habe, werde sich auch nicht durch die Säbel der Gendarmen zwingen lassen.

Die braune Zeit in den Hochschulen

In Preußen wird nach dem Wechsel des Reichskabinetts der reaktionäre Kurs unentwegt weiter getrieben. Der Reichskommissar für das Kultusministerium, der Professor Kühler aus Greifswald, ein deutschnationaler Hochreaktionärer Mann, hat angeordnet, daß die Schulklassen, die gegen Schüler höherer Schulen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Schülerbund verhängt worden sind, aufgebrochen werden. Von der Anstalt verwiesene Schüler sollen nach diesem Erlass wieder ohne weiteres in ihre alten Klassen aufgenommen werden. Man kann sich vorstellen, mit welchem Nimbus diese Burschen umgeben sein werden und welche tragische Rolle die Lehrtätigkeit spielen muß, die diese Burschen gerechterweise hinausgeworfen hat.

Die Brüder Bergmann waren bisher Hauptaktionäre der Hainz Bergmann-Zigarettenfabrik u. G. Nachdem der Reimsma-Konzern auf die Ausübung einer Option auf das Bergmann-Zigarettengeschäft verzichtet hatte, ist soeben das Aktienkapital auf die British-American Tobacco Co. h. v. deren Hamburger Tochtergesellschaft übergegangen.

Die Telegraphen-Union teilt ergänzend von amtlicher Stelle mit, daß die beiden Verhafteten nach Stellung einer sehr hohen Kaution — wie verlautet, 1 Million Mark — wieder aus dem Haft entlassen worden sind.

Ein Fallschützer auf freier See ertrinkt

In der letzten Zeit waren wiederholt fast 1-Mark- und 10-Pennig-Stücke aufgetaucht. Die Fällungen waren verhältnismäßig gut gelungen. In der Nacht zum Donnerstag gelang es der Kriminalpolizei, den Täter, einen 49 Jahre alten Mechaniker K., auf freier See zu überraschen und festzunehmen. Er hatte in seinem Besitz noch mehrere Fallschirme. In seiner Wohnung konnte das gesamte Herstellungsmaterial beschlagnahmt werden. K. ist geständig. — Bemerkenswert ist noch, daß es die württembergische Fallschirmherstellung ist, die in diesem Jahre von der Kriminalpolizei in Dresden ausgehoben worden ist.

Nur die Hälfte Bauaktivität gegen das Vorjahr

Im Freistaat Sachsen wurden im Monat Oktober 576 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Chemnitz 100, Dresden-Bautzen 227, Leipzig 84 und Zwickau 75. Diese Neubauten sollen insgesamt 1006 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 190 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 388 Wohnungen erteilt.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 581 Neubauten mit 1064 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 387 mit einem und 184 mit zwei Wohnungseinheiten und unter den Wohnungen 114 mit einem und zwei, 401 mit drei, 325 mit vier und 224 mit fünf und mehr Wohnräumen. 581 Neubauten waren Wohnhäuser, davon 362 Ein- und 138 Zweifamilien-Häuser. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 68, die von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet worden sind, und 109, die außerdem als gemeinnützige Bauten bezeichnet wurden. Durch 183 Umbauten wurden 214 Wohnungen gewonnen. Ferner waren 3 Umbauten abgenommen, durch die 3 Wohnungsabgänge erfolgten.

In Gebäudeabgängen waren im Oktober 8 Häuser mit 9 Wohnungen zu verzeichnen. Die Berichtszeit brachte somit insgesamt einen Zuwachs von 1269 Wohnungen (Monat Oktober 1931: 2404); davon entfielen auf die Städte Chemnitz 7, Dresden 178, Leipzig 78, Bautzen 4 und Zwickau 87.

Für Bauten ohne Wohnungen beträgt die Zahl der im Oktober 1932 genehmigten Neubauten 161, von denen 160 wirtschaftlichen Zwecken dienen sollen. Abgenommen wurden 159 Neubauten, davon 132 zu wirtschaftlichen Zwecken. Um-, An-, Auf- und Einbauten wurden 175 genehmigt und 142 abgenommen. Ferner wurden 21 durch Abbruch, Brand usw. erfolgte Abgänge von Gebäuden, darunter 21 für wirtschaftliche Zwecke, gemeldet.

wel Wollenstein, im Mühlengetriebe zermalmt. In der bei Wollenstein gelegenen Sommerfrische „Waldmühle“ kam der Besitzer Max Martin beim Reinigen des Mühlengetriebes in die Transmission. Der 54 Jahre alte Mann wurde vollkommen zermalmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Baugen. Verjuchter Raubüberfall. In Wurbit wurde am 21. d. M. ein Raubüberfall verübt. Als der Angestellte die Kasse verlassen wollte, wurde er gepackt und zurückgedrängt. Er konnte sich jedoch der Angreifer erwehren, die darauf schlugen. Sie hatten vorher bei der Girokasse um ein Almosen nachgesehen.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Emil Raab in Leipzig. Verantwortlich für den Interventionell Hugo S. K. in Dresden. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag „Arbeiterdienst“ Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zu den drei Glocken G. m. b. H. Leipzig 19 Verkaufsstellen

Empfehlenswerte Spezialfirmen

BILLIGES BAULAND für Wohn- und Stadlungshäuser, an fertiger Straße im Westen Leipzigs gelegen

WILLY KELB LEIPZIG 0 27

Wir verkaufen an jedermann Bücher der Naturwissenschaft, Technik, Politik, Wirtschaft und Unterhaltung.

Josef Bauer Konfektion, Weiß- und Wollwaren Knautkleberg Leipziger Straße

MAX RANK Leipzig C 1 am Yorckplatz Ecke Hauptzollamtsstr. Moderne Vulkanisieranstalt

Carl Mörs, Leipzig C 1 Freilade-Bahnhof, Eutritzscher Straße Platz 38, 39, Ladestr. 2. Ruf 509 88, 501 58

AUGUST HOFFMANN Geprüfter Orthopädist und Bandagist Tel. 43305, Leipzig W 33, Lindenauer Markt 4

Stern-Butter Flagwitzer Dampfwecker

Kohlen Oswald Schneider Telefon 72776 Grimmaischer Steinweg 12

Landkraftwerke Licht- und Kraftanlagen jeden Umfanges Beleuchtungskörper für jeden Geschmack

Milch ist gelund und stets frisch beim Konsumverein Leipzig-Plagwitz

Bestellt eure farbigen Drucksachen nur in der Leipziger Buchdruckerei AG

Zum Frieden + Zur Ruhe Inhaber: Franz Lunkwitz Markthallenstraße 16, Telefon 23071

Neues Theater. Augustusplatz Sonntag, den 23. Dezember 1932, 19h 15

Verkaufe Damenmantel 15.-, verkauft Weststraße 12, I r. Jünglings-Mitter und gebrauchte Nähmaschinen

S & F-WEINKELLEREI S & F-WEIN ZUM FEST! Die Preise im Produktionsgebiet sind gestiegen. Infolge günstiger Vorkäufe können wir die ausgezeichneten guten S & F-Weine noch zu diesen niedrigen Preisen verkaufen.

Diverses Puppen-Spezial-Geschäft. Konrad-Wagner-Plan Freitag, den 23. Dezember 1932, 18 Uhr

Altes Theater. Konrad-Wagner-Plan Freitag, den 23. Dezember 1932, 18 Uhr

Schauspielhaus. Sonntag, den 24. Dezember: Keine Vorstellungen. Montag, den 25. Dezember (1. Feiertag)

Vermietungen Ein zwei- und ein einseitiges leeres Zimmer an ruhiger, freier zum 1. 2. 33

S & F-Schlager: Wermutwein 1/1 Fl. nur 68, Tarragona 1/2 Fl. nur 50, Malaga 1/2 Fl. nur 60

Kurt Munk Fleisch- und Wurstwaren Leipzig C 1, Tauchaer Straße 28.

NWK Auch in Dein Haus gehört der Neue-Welt-Kalender 1933. Preis nur 50 Pf.

Schauburg Kleinstschöner Antonienstraße 21. Mata Hari Doppel-Ton-Programm

Wohnungen Student. Suche für 1. Januar gemütl. möbl. Zimmer, möglichst separat bei Genoss.

SCHADE & FÜLLGRABE 5% Rückvergütung Möbel-Anders Tischlermeister

Erwin Melzer Fleischereier Feinste Fleisch- und Wurstwaren Leipzig W 33, Dommeringstr. 165

Zigarren-Sonder-Angebot Ein großer Vollen feinsten Qualität Std. 6 u. 8 Wfa. (Ritte 50 u. 100 Std.)

Volkshaus - Fleischerei Jeden Tag in Qualität frische hausgebackene Würstl

Möbel-Anders Tischlermeister Der zuverlässige Möbel-Fachmann Liebigstraße 6

Bezee Neumarkt 14, Ecke Mädlar-Passage

Großfeuer im Weißenfeller Schloß
Der Schloßturm vollständig abgebrannt

II Weißenfels, 22. Dezember.
Heute in der 3. Morgenstunde brach im Weißenfeller Schloß ein Großfeuer aus, als dessen Ursache wahrscheinlich Kurzschluß in der im Schloßturm untergebrachten Funkstation der Polizei anzusehen ist. Außer der Weißenfeller Feuerwehr eilten auch noch die Feuerwehren aus Halle, Leuna und anderen umliegenden Orten herbei. Der Schloßturm brannte vollständig nieder. Nach 4 1/2 stündiger Arbeit gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, doch sind die Feuerwehren noch in voller Tätigkeit. Der Sachschaden ist sehr groß.

Einzelheiten des Brandes

II Halle, 22. Dezember.
Zu dem Weißenfeller Schloßbrand werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Gegen 3.30 Uhr wurde das Feuer entdeckt. Da es nicht gelang, des Brandes Herr zu werden, wurden die Werkfeuerwehren der Umgebung und schließlich auch die halle'sche Feuerwehr herangezogen. Sechs Motorspritzen schickten aus neun Schlauchleitungen 4 1/2 Stunden lang ungeheure Wassermassen in das Gebäude. Infolgedessen ist der Wasserschaden außerordentlich hoch. Die schwere Kupferkuppel stürzte glücklicherweise in den Hof und nicht auf die benachbarten Seitensügel, so daß es gelang, diese zu retten. Der Mitteltrakt selbst ist vollständig verbrannt.

Für 20 000 Mark Brillantringe geraubt

Das Schaufenster am hellen Tag eingeschlagen

II Hannover, 22. Dezember.

Mit einer Dreifachheit, die trotz allem, was man in neuerer Zeit schon erlebt hat, ihresgleichen sucht, wurde am heutigen Donnerstagvormittag ein großer Raub von Brillantringen ausgeführt. Am Haupte des Juweliere Richard Lewen an der Sellwinderstraße führen zwei Unbekannte in einem dunkelfarbenen Kraftwagen vor. Einer von ihnen sprang heraus, zerschlug mit einem in Papier gewickelten Badstein die große Schaufensterscheibe des Ladens, riß mit größter Geschwindigkeit ein Tablett mit Brillantringen heraus und sprang wieder in das Auto. Ohne daß einer der vielen Passanten der verkehrsreichen Straße es zu hindern vermochte, fuhr der Kraftwagen in schnellstem Tempo davon, um die kostbare Beute, die einen Wert von etwa 20 000 Mark hat, in Sicherheit zu bringen.

Das Auto trug ein Erkennungszeichen, das auf den Herkunftsbezirk Schleswig-Holstein schließen läßt, falls es nicht gefälscht sein sollte. Die Firma hat ein Zehntel des Wertes der geraubten Schmuckstücke für deren Wiederbeschaffung und bis zu 2000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Mord

II Memel, 22. Dezember.

Am Donnerstagmorgen wurde in dem memeländischen Dorf Grabuppen ein bestialischer Mord entdeckt. Als der Besitzer Schnell sein 30-jähriges Dienstmädchen Emilie Platuschaita werden wollte, war die Kammer des Mädchens leer. Man durchsuchte das ganze Geschäft und fand das Mädchen im Viehstall ermordet auf. Der Kopf war fast ganz vom Rumpfe getrennt. Neben der Leiche fand man eine schwere Kartoffelgabel, an der Blutspuren und Haare des Mädchens klebten. Dem Mord muß ein erbitterter Kampf vorausgegangen sein. Die Kriminalpolizei nahm den 17-jährigen Ruffner Ewald Mahelstet, an dessen Kleidern frische Blutspuren bzw. frischgewaschene Stellen gefunden wurden. Zwischen dem Ruffner und der Ermordeten bestand seit langem eine heftige Feindschaft.

Savarie des Hochdampfers „Witram“

II Bremen, 22. Dezember.

Der deutsche Dampfer „Witram“ des Norddeutschen Lloyd hat aus noch nicht geklärter Ursache auf dem Nordatlantik einen Ruberschieden erlitten und muß nach dem englischen Kanal zurückkehren.

Kaffeeschmuggel in Hamburg

II Hamburg, 22. Dezember.

Der hiesigen Zollfahndungsstelle ist die Aufdeckung einer umfangreichen Zollhinterziehung gelungen. Unter Kohlenladungen verpackt sind seit August d. J. etwa 170 Sack Kaffeebohnen aus dem Freihafen geschmuggelt. Der dem Fiskus dadurch hinterzogene Zoll beträgt mindestens 18 000 Mark. Als Täter kommen zwei Kaufleute in Betracht, gegen die ebenso wie gegen zwei weitere Mittäter Haftbefehl erlassen ist.

Neuer schwerer Erdstoß auf Chalkidike

II Athen, 22. Dezember.

Die Halbinsel Chalkidike wurde in der Nacht zum Donnerstag von einem neuen schweren Erdbeben heimgesucht. Viele bei dem großen Erdbeben im vergangenen September beschädigte Gebäude wurden diesmal vollkommen zerstört. Die Einwohner haben sich auf das offene Land geflüchtet, wo sie unter der strengen Kälte und dem Nahrungsmangel außerordentlich leiden.

Bausparkassenstandale und kein Ende

SPD Berlin, 23. Dezember.

Die Kette der Bausparkassenstandale reißt nicht ab. Bei der Deutschen Bausparkasse AG in Berlin scheint man unter streng gerichtlicher Plage Geschäfte à la Devalheim betreiben zu haben. Man warb rund 20 000 Bausparer in Berlin und in der Provinz. Die Direktion war aber überhaupt nicht in der Lage, die laut Prospekt mit 500 000 Mark gegründete Gesellschaft zu finanzieren. Um dies zu ermöglichen, wurden Scheingesellschaften gegründet. Auf der Versammlung der geschädigten Bausparer kam es bei der Klärung des Standals zu erregten Szenen.

So „helfen“ die Kommunisten den Arbeitslosen

In Waldorf war die Direktion des Mauerwerkes mit einem Vorstoß an den Arbeiterrat herangetreten. Die Belegschaft sollte an einem Sonnabend fünf Stunden für eine Nothilfe arbeiten. Der Wert des Arbeitslohnes sollte zur Unterstützung besonders notleidender oder arbeitsloser Werksangehöriger verwendet werden. Die Firma erklärte sich bereit, zu diesem Betrage das Doppelte von sich aus hinzuzulegen.

Der gekaupte Betrag sollte dem Arbeiterrat zu uneingeschränkter Verwendung übergeben werden.

Getreu der Parole: Wir wollen eine Verschärfung des Elends, haben die Kommunisten in der Betriebsversammlung alles auf eine Mehrheit gegen den Vorstoß zustande zu bringen. Es gelang ihnen. Ein anschließender Betrag zur Bekämpfung der Not, eine ganz anständige Winterhilfe für ihre erwerbslosen Kollegen ist von ihnen abottert worden. Die Erwerbslosen, denen diese Sonderhilfe zugedacht war, können stattdessen nun zu Wächtern kommunistischer Flugblätter werden!

Für Tausende politischer Gefangener hat jetzt die Befreiungstunde geschlagen

Amnestierte beim Verlassen der Strafanstalt Plötzensee



Kampf der Notverordnung vom 14. Juni

Die Aufhebung ein dringendes sozialpolitisches Erfordernis

Die in verschiedener Hinsicht positive sozialpolitische Arbeit, die der neue Reichstag und einige seiner Ausschüsse in den letzten Wochen geleistet haben, hat im Unternehmertum Mißvergnügen hervorgerufen. Die Verbände des Unternehmertums erscheinen denn auch bereits auf dem Plan, um über das bei den „jüngsten parlamentarischen Ereignissen“ erlebte Bild zu reflektieren. Vor allem ist es „Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem es die Entschuldigungen über die Rückgängigmachung der aller schlimmsten Abbaumaßnahmen in der Sozialversicherung angetan haben, die vom Haushaltsausschuß des Reichstages am 13. Dezember dieses Jahres gefaßt worden sind. Die Zeitschrift erklärt, die finanziellen Grundlagen unserer Sozialversicherung müßten erschüttert werden, wenn die Beschlüsse Gesetz werden sollten. Ueber die Anträge zur Erhöhung der sozialen Leistungen, die von den Parteien im Reichstag leithin eingebracht worden sind, sagt die Schrift, daß deren auch nur teilweise Erfüllung dem „sofortigen finanziellen Zusammenbruch“ fast der gesamten Sozialversicherung gleichkommen würde. Die Finanzkalamität in den einzelnen Sozialversicherungszweigen werden von ihr dann mit bereiten Worten geschildert. Kein Zweifel, die Schwierigkeiten sind groß, wenigstens das Unternehmertum auch mit Absicht besonders dick aufträgt.

Nun darf aber nicht vergessen werden, daß es nicht zuletzt die Schuld der Unternehmer ist, wenn heute die finanzielle Krise auf einzelnen Gebieten der Sozialversicherung eine bedrohliche ist. Sie waren es z. B., die eine Aufstockung der Beitragssätze in der Invalidenversicherung verhindert haben und die deshalb für die in diesem Versicherungszweig bestehende Unterversicherung verantwortlich zu machen sind. Unter Wiffel wurde 1929 im Reichsarbeitsministerium errechnet, daß die von den Gewerkschaften geforderte Einführung von drei weiteren, und zwar höheren Beitragsklassen — mit selbstverständlich auch höheren Leistungen — in der Invalidenversicherung

eine jährliche Mehreinnahme von 135 Millionen Mark erbringe. Diese Aufstockung aber ist von den Unternehmern hintertrieben worden. Sie wollten die Invalidenversicherung „am Rande des Defizits“ halten, um sich um so besser für niedrige Leistungen einzusetzen zu können. Es hat deshalb einen besonderen Reizgeschmack, wenn sich die Unternehmer heute besorgt um die finanziellen Grundlagen unserer Sozialversicherung zeigen.

Uebrigens ist es der Wahrheit direkt zuwider, wenn „Der Arbeitgeber“ erklärt, im Reichstages wären von den Parteien An-

träge zur Erhöhung der Leistungen in der Sozialversicherung eingebracht worden, „ohne auch nur mit einem Wort die Frage der Deckung und der finanziellen Sicherstellung der Ausgaben zu erwägen.“

Die Sozialdemokratie hat Anfang dieses Monats im Reichstages u. a. die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gefordert, die einen unerhörten Sozialabbau gebracht hat. Am 6. Dezember hat sie eigens zur Deckung des finanziellen Mehrbedarfs für Sozialleistungen, der sich aus der Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni ergeben würde, einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Notabgabe der hohen Einkommen und hohen Vermögen, eine erhöhte Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände und eine Verschärfung der Besteuerungsverhältnisse vorseht.

Im einzelnen wird darin verlangt, daß die Personen mit einem Einkommen von über 8000 Mark eine von 8 bis 15 v. H. des Einkommens gestaffelte Abgabe machen sollen. Für die körperschaftsteuerpflichtigen Körperschaften ist eine Notabgabe von 10 v. H. des Einkommens in dem Gesetzentwurf vorgesehen. Ferner soll von den Vermögen über 20 000 Mark eine gestaffelte Notabgabe von 1 bis 2 Prozent erhoben werden. Der Entwurf verlangt weiter mit Bezug auf die Körperschaftsteuer einen Notzuschlag von 30 v. H. der bisherigen Steuerhöhe und eine Besteuerung des Gattenerbes, wenn der Erbanfall 20 000 Mark überschreitet. Für den Luxusverbrauch ist eine erhöhte Umsatzsteuer von 10 Prozent vorgesehen. Englich sollen die Steuererlässe der Steuer vom Einkommen, Ertrag und Vermögen zur öffentlichen Einsicht aufgelegt und die Steuererlässe und Steuerertragungen über 20 000 Mark einem Ausschuß des Reichstages zur Prüfung vorgelegt werden.

Hier sind von der Sozialdemokratie gangbare Wege zur Deckung der Ausgaben, die eine Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni mit sich brächte, gezeigt. Sie werden freilich den Herrschaften von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht sympathisch sein, da diese stets selbst gegen die beschwerdeste Belastung der hohen Einkommen und des Vermögens der Reichsbürger Sturm laufen. Das kann für die Sozialdemokraten nur Anlaß sein, um so energischer die Verschärfung der im Sommer vom Papen-Kabinett vorgenommenen Sozialabbaus ist eine der dringendsten sozialpolitischen Erfordernisse. Die Mehrerträge können aufgebracht werden und deshalb muß es heißen: Kampf so lange gegen die Notverordnung vom 14. Juni, bis sie gefallen!

Ein Arbeitszeitkandal

Arbeitszeiten von 100 Stunden im Gesundheitswesen

SPD In einer Zeit, wo um die Bierzigstundenwoche gekämpft wird, gibt es in den Betrieben des Gesundheitswesens zum Teil noch Arbeitszeiten von weit über 100 Stunden pro Woche. Seit langem kämpft der Gesamtverband durch seine Reichsleitung Gesundheitswesen gegen diesen Arbeitszeitkandal. Im Frühjahr dieses Jahres wurde von der Reichsleitung ein neuer Vorstoß gegen diesen Standal unternommen. Sie hat dem Reichstag und dem Reichsarbeitsministerium eine Aufstellung übermitteln, in der die Dienstzeiten jeder einzelnen Krankenanstalt genau aufgeführt und die verantwortlichen Stellen von neuem um Abhilfe erlucht wurden. Der Vorstoß des Gesamtverbandes hatte, zunächst wenigstens, einen gewissen Erfolg.

Unter dem Druck der Arbeitsmarktlage hat sich der Reichsarbeitsminister Schäffer, wohlgerichtet der Reichsarbeitsminister der verflochtenen Papenregierung, dazu ausgehakt, der Arbeitszeitverkürzungsforderung der Gewerkschaften wenigstens auf dem Gebiet des Gesundheitswesens entgegenzukommen. Er brachte in einem von ihm an die zuständigen Ministerien des Reiches und Preußens gerichteten Schreiben zum Ausdruck, daß die von den Gewerkschaften erhobenen Beschwerden über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten berechtigt seien und Abhilfe geschaffen werden müsse. Es müsse eine Kürzung der langen Dienstzeiten vorgenommen werden, weil dadurch die erwünschte Wirkung der Neueinstellung einer gewissen Anzahl von Pflegepersonen und damit eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten würde.

Der Reichsarbeitsminister trat also für Arbeitszeitverkürzung ein. Was geschah aber? Bei den nachgeordneten Stellen ist jedes Eingehen auf die Wünsche des Reichsarbeitsministeriums nicht nur unterblieben, ja man hat häufig gerade das Gegenteil von dem getan, was der Minister empfohlen hat.

Wenn der Minister etwas anordnet, was sich gegen die Arbeiterkraft richtet, dann sind — so stellt der Gesamtverband voll bitterkeit fest — die Landes-, Kreis-, Provinzial- und Gemeindevorwaltungen stets gehorsame Diener. Dann wird, vielfach mit unerhörter Rücksichtslosigkeit, wenn nicht gar mit Brutalität, jeder Wind von oben befolgt. Will aber wirklich einmal ein Minister etwas für die Arbeiter tun, dann widersetzen sich weiter unten die maßgebenden Stellen.

Die Frage der Arbeitszeit ist ein tieftrauriges Kapitel.

Beendigung eines Konflikts bei der Delmenhorster Kammgarnspinnerei

SPD In der Delmenhorster Kammgarnspinnerei brach vor wenigen Tagen ein Streit aus, der inzwischen wieder beendet worden ist. Die Betriebsleitung hatte den Ringspinnern und Zwirnerinnen vor einigen Tagen gefündigt und dabei bekanntgegeben, daß die von den einzelnen Arbeiterinnen zu bedienende Spindelzahl erhöht, der Gang der Maschinen jedoch verlangsamt werde. Das Vorgehen der Betriebsleitung führte dazu, daß die in der zweiten Schicht beschäftigten Zwirnerinnen und Ringspinnern in Streik traten, wodurch auch andere Betriebsabteilungen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Durch Verhandlungen der zuständigen Verbandsvertretung mit der Firma gelang es, verschiedene Streitpunkte zu klären und auch die Wiedereinstellung der Entlassenen sicherzustellen. Für die Wiedereinstellung von Spindeln soll bis zum 27. Dezember auf dem Verhandlungsweg eine Regelung erfolgen. Die Verhandlungsergebnisse wurden am Donnerstag von der Betriebsverwaltung zugestimmt, und im Anschluß daran wurde die Wiedereinnahme der Arbeit beschlossen.

Die Kommunistenpresse wollte den Streit benutzen, um die „reformistischen Gewerkschaften“ wieder einmal herunterzureißen. Zu ihrer Beruhigung wollen wir ihr mitteilen, daß zum Glück für die Delmenhorster Arbeiter die KGD bei den Differenzen nichts zu melden hatte. Die Textilarbeiterchaft hat nicht die geringste Sehnsucht nach den „Streikfliegen“, die die KGD fabriziert und die Kommunistenpresse kopiert. Die Textilarbeiter haben längst erkannt, daß diese kommunistischen „Streikfliegen“ für sie nie einen Vorteil gebracht haben und sich bei näherem Zusehen stets als Niederlage entpuppen.

Schiedspruch für den sächsischen Steinkohlenbergbau

Am 21. Dezember fanden für den sächsischen Steinkohlenbergbau Verhandlungen vor dem Landeslichter in Leipzig statt. Hierbei konnte die Streitfrage aus dem Rahmen der durch eine Vereinbarung bereinigt werden. Ueber die Urlaubsfrage 1933 erging ein Schiedspruch, der eine Zahlung des Urlaubsgeldes von 75 Prozent vorseht.

Im Organisationsgebiet des Keramischen Bundes sind 130 000 Ziegler, 12 000 Zementarbeiter, 13 000 Kalk- und Gipsarbeiter, 20 000 Schamottearbeiter, Tausende von Sand- und Kiesgrubenarbeitern, 40 000 Glasarbeiter und 20 000 Porzellanarbeiter Opfer der Krise. Dazu kommen noch Zehntausende, die kurz arbeiten.

Der Gorniker Kindesmörder festgenommen

Nach mühevoller Arbeit der Landjägerbeamten im Einvernehmen mit der Kriminalpolizei Leipzig gelang es am Donnerstag, einen aus Wöhra stammenden, 21 Jahre alten Erwerbslosen Alfred Heller festzunehmen, der verdächtig war, den Mord an der dreijährigen Thea Prümer bei Gornitz begangen zu haben.

Herr v. Schleicher ist beleidigt

Am 6. August 1932 nahmen in einer Gastwirtschaft in Wehlitz an einer Hochzeitsfeier der Obergefreite R. Nagel, Leipzig, und sein Schwager Walter Agt, Schleibitz, teil, wobei sie schließlich in ein politisches Gespräch kamen, der Soldat wollte davon aber nichts wissen, doch Agt, dem der Alkohol schon etwas zugeflogen hatte, ärgerte das und er sagte zu Nagel: „Du Fegeling, Du Lump!“

Krankenversicherung in Wegau

Die Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wegau war von 3 Arbeitgebern, 15 Versicherten und 9 Vorstandsmitgliedern besucht. Ueber die Krise in der Krankenversicherung sprach der Kassenvorstand Schiebold. Es wurde einstimmig beschlossen, das Hausgeld von 80 auf 60 vom Hundert zu erhöhen.

lunken. Die Ausgaben an Krankengeld betragen 21 000 Mark und sind um 19 000 Mark gesunken, diejenigen für ärztliche Behandlung betragen 20 000 Mark und sind um 2800 Mark gesunken.

Für Arbeitsbeschaffung

n. Der Ortsausschuss Eilenburg des DGB hat beim Magistrat beantragt, geeignete Projekte zur Arbeitsbeschaffung bereitzustellen. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes, dessen Präsident unser Oberbürgermeister ist, hat zwar das kommende Arbeitsbeschaffungsprogramm für notwendig gehalten, aber eine damit verbundene Vergrößerung der Zinsenlast der Städte als nicht mehr tragbar gehalten.

Bis morgen nachmittag 5 Uhr

ist Ihnen günstigste Gelegenheit geboten, in unserer Volksbuchhandlung, Tauchaer Str. 19/21, und den Filialen Volkmarzdorf, Elisabethstraße 19 Lindenaus, Odermannstraße 2 Plagwitz, Weissenfeller Straße 30 Kleinzschocher, Dieskaustraße 8 Zentrum, Volkshaus, Zeitzer Str. 32 gute und wertvolle Bücher aus allen Wissensgebieten für nur wenige Groschen zu erstehen.

müssen Sie dagewesen sein

möglich sind, kommt diese Stellungnahme nahezu einer Ablehnung gleich.

Darum hat der DGB noch einmal nachdrücklich auf Arbeitsbeschaffung hingewiesen und betont, daß die schlechte finanzielle Lage kein Grund zur Ablehnung sein dürfe, sondern Arbeitsbeschaffung um jeden Preis sei das Gebot der Stunde.

Notwendige Projekte unserer Stadt sind der Ausbau der Autostraße nach Eilenburg-Ost, die Beseitigung der ehemaligen Futurbrücken, den Bau einer Umgehungsstraße für Eilenburg-Ost und die Erschließung der Siedlung zu Bauzwecken mit Schaffung einer Zugangsstraße und Brücke.

Wiederwolkwäg

Erst seit wenigen Jahren bestehen unsere Berufsschulen in der heutigen Form, und doch tauchen hier und da schon Stimmen auf, die Abbau wünschen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, alle Kreise über das Wirken der Berufsschulen aufzuklären und die Möglichkeit zu bieten, einen Einblick in die dort geleistete Arbeit zu geben.

Enthron.

t. Vor einem reichlichen Jahre ist hier die Arbeiterwohlfahrt ins Leben gerufen worden. Zielbewußt wurden die zugewiesenen Aufgaben durchgeführt. Vorigen Sonntag kam die erste Weihnachtserteilung zustande. Neunzig Personen, Kinder und Erwachsene heiderlei Geschlechts erhielten über hundert Kleidungsstücke, die in der Nähstube teilweise aus alten Sachen hergestellt wurden.

Eilenburg.

n. Die sozialistischen Freidenker veranstalten am ersten Weihnachtstages eine Winter Sonnenwendfeier in der Stadthalle. Die Mitglieder der Eisernen Front sind dazu eingeladen.

Rundfunkprogramm

- Leipzig-Dresden
Weile 289,8 - Dresden (101 kHz, 0,25 kW) Weile 318,8
Sonntag, den 24. Dezember.
Gelliger Abend
6.15 Uhr: Rundfunknachricht.
6.35 - 8.15 Uhr: Frühkonzert.

Deutsche Weile

- Sonntag, den 24. Dezember.
6.15 Uhr: Rundfunknachricht.
6.35 - 8.00 Uhr: Frühkonzert.
10.00 Uhr: Reichs-Rundfunkkonzert.

Altes Theater, Sonntag, 20 Uhr, Erstaufführung des musikalischen Lustspiels „Eßig und Del“; Hauptrollen: Siebel, Karin Widemeyer, Gottschalk, Sattler. Leitung des Embö-Orchesters: Günter Th. Wagner.

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuss des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Seiber Straße 32, Fernruf 340 21
Deutscher Metallarbeiter-Berband, Ortsverwaltung Leipzig

Dank! Beim Hinscheiden meiner ungeliebten Frau, unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante
FRIEDA WINKLER
Sermann Winkler im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Mod. Anzüge ein- und zweireihig
Ulster-Paletots und Winter-Ulster
aus schwarzen, braunen, dunkelgrauen, sowie braunen Winterstoffen, einfarbig und dezent gemustert in bekannt guter Verarbeitung

Zum K Fest!
Das reine Aroma edler Tabake findet der Raucher in GGG-Sigaretten
Die Konsumvereine der Leipziger Einkaufsvereinigung

Ämtliche Bekanntmachungen
Bekanntmachung
Gemäß § 164 der Gemeindeordnung wird hiermit bekanntgemacht, daß die genehmigte Sanierung des Zweckverbandes für die Verbandsparkeise zu Kleinmiltitz und Großmiltitz vom 29. November 1932 auf dem Gemeindevorstand in Kleinmiltitz am 20. Dezember 1932, Leipzig, am 20. Dezember 1932. Die Amtshauptmannschaft.

Möbel
Reiniger Hahn
Lange Straße 5
Schreibische, Reuonische, Niltische, Stumenkrippen usw.

HOLLENKAMP
Leipzig, Brühl und Lindenau
Schlafanzüge von 4.50 an
Nachthemden von 2.65 an
Oberhemden von 2.90 an
Krawatt-Hemd. v. 2.40 an
Einsetzhemden von 1.10 an
Selbstbinder . von 0.35 an
Wollschals . . von 0.95 an
Cachenez . . . von 0.95 an
Pullover von 4.90 an

Jeder Bücherfreund
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchbinderei, Tauchaer Straße 19/21

Der Weihnachtsmann

Er war früher Schauspieler. Nur kleine Rollen, zum meiste Rollen vertraute man ihm an. Die Pferde sind gefallt, Peter! ... Auf dieses Schreiben geht Antwort mir, und der- gleichst du - aber er war ein lieber Kerl. Ich mochte ihn immer gut leiden.

Dann wurde er abgebaut und man hörte nichts mehr von ihm. Jetzt, kurz vor Weihnachten, traf ich ihn wieder. Auf der Goethestraße kam er mir entgegen, und ein mächtiger, schlohweißer Bart waltete ihm bis zum Gürtel.

„Weihnachtskind, Barzbadler!“ sagte ich. „Warum haben Sie sich diesen verschneiten Krwald umgebunden? Es ist doch noch kein Fasching!“

„Das ist keine Maske!“ erwiderte er schlicht. „Der Bart ist echt. Eigenes Gewächs. Sie können ruhig dran ziehen. Er geht nicht ab.“

„Aber, um Himmels willen, wie kommen Sie auf die verrückte Idee, sich einen Wallebart wachsen zu lassen?“

„Aus Berufsgründen!“ entgegnete er. „Ich bin Weihnachtsmann.“

„Was sind Sie?“

„Weihnachtsmann bei besseren Herrschaften. Ach, Sie scheinen gar keine Ahnung zu haben, daß es so etwas gibt? Passen Sie auf. In allen Familien, die Kinder haben und die guten alten Sitten hochhalten, ist es doch üblich, daß vor Weihnachten der Knecht Ruprecht auftritt, nicht wahr? Mal spielt ihn der Papa, mal irgendein Onkel, Maltebart und alten Bodenmantel umgehängt, Saß auf dem Buckel, Rute nicht vergessen - und fertig ist der Knecht. Aber die Kinder heutzutage! Fallen die nicht auf solchen primitiven Schwindel herein? Ausgeschlafen.“

„Und da ist nun ein gewisser Majunke auf die brillante Idee gekommen, den Amateurweihnachtsmann wenigstens für die jah- lungsfähigsten Kreise durch den Professional zu ersetzen.“

„Und Sie sind so ein Professional?“

„Erstmal, Sie Schlaumeier. Durch einen glücklichen Zufall hat mich dieser Majunke entdeckt - das war noch im Sommer - und da ich durch das häufige Reiten früher als Schauspieler tolllosl starken Bartwuchs habe, ist es mir gelungen, binnen fünf Monaten diesen Vollbart zu produzieren. Das Weißfärben war dann eine Kleinigkeit.“

„Aber weshalb liefert Ihnen dieser Majunke keinen künstlichen Bart? Das wäre doch viel einfacher!“

„Aber nachteilig für's Gesicht. Wie oft geht so ein geklebter Bart ab, und die ganze Mollion ist zum Teufel. Kinder haben für so etwas ein scharfes Auge. Majunke beliefert die Kunden nicht mit Talmi. Bei uns ist alles echt. Deshalb können wir auch an- ständliche Preise fordern, trotz der schlechten Zeiten.“

„Wieweil Mann sind denn in dem Betrieb?“

„Zwanzig. Alle mit eben solchen Bärten. Und alle vollbe- schäftigt.“

„Aber froh werden Sie sein, wenn Sie sich nach dem Fest diese scheußliche Pranke wieder abnehmen lassen können, was?“

„Wieso abnehmen? Ich bin doch froh, daß ich den Bart habe!“

„Aber was wollen Sie denn nach Weihnachten mit dem Ding an- fangen?“

„Ja, erstens spare ich dadurch Krone und Schlipf. Und zweitens: Über's Jahr ist doch wieder Weihnachten! Da mime ich natürlich wieder Weihnachtsmann. Jeder ist doch froh, wenn er heutzutage so ne Dauerstellung hat!“

1892 1932

Ein Jubiläum des Arbeitersängerbundes

Am 25. Dezember 1892 wurde im Restaurant Fraenz, Berlin, die „Vierergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutsch- lands“ gegründet. Damit begann die zentrale Arbeit für den Aufbau einer einheitlichen Arbeiter-Sängerbewegung. Es waren immerhin 10 000 Mitglieder, die durch ihre Vertreter den Willen zu gemeinsamer Arbeit zum Ausdruck brachten. Hauptveranlassung war der Wunsch nach einer Roten Ge- meinschaft. Daraus ist ersichtlich, daß durch die bürgerlichen Verleger das von den Arbeiter- sängern gewünschte Material nicht vermittelt wurde. Der Arbeiter wollte von seinem eigenen Leben singen. Er wollte auch zum Aus- druck bringen, daß er um eine neue Gesellschaft kämpft. Als 1895 mit Gustav Adolf Uthmann die Verbindung aufgenommen wurde, begann der Komponist zu wirken, dem heute noch die An- hänglichkeit der Arbeiterlänger gilt.

Schon bei Beginn der Arbeiter-Sängerbewegung ist das Be- streben erkennbar, auch die Frauen in die Chorbewegung ein- zubeziehen. Hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen den Arbeiterlängern und den bürgerlichen Sängern. Obwohl die bürgerliche Sängerbewegung bis in den Anfang des vorigen Jahr- hunderts zurückreicht, hat erst der Bundestag 1932 der Aufnahme von Frauen zugestimmt.

Als sich im Juni 1908 in Köln die Vierergemeinschaft zum Arbeiter-Sänger-Bund wandelte, stützten bereits 100 000 singende Arbeiterinnen und Arbeiter die proletarische Sängerbewegung. Es war inzwischen durch die Herausgabe einer eigenen Zeitung (1899: Vierergemeinschaft, 1907: Deutsche Arbeiter-Sänger- zeitung) ein Propagandamittel geschaffen worden. Hauptächlich aber lag für die Arbeiterlänger die Werbemöglichkeit in den Mit- wirkungen bei Veranstaltungen von Partei, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen.

Mit 15 000 Mitgliedern stand der Bund am Ausgang des Krieges vor der Aufgabe des Wiederaufbaues. Wie überall, be- tätigten sich nunmehr die Frauen auch in der Arbeiter-Sänger- bewegung sehr aktiv. Der Gemischte Chor wurde der Träger der Nachkriegs-Chorbewegung. Die Förderung der politischen Fesseln brachte auch Dichter, Komponisten und Dirigenten zu den Arbeiter- sängern. Die Tätigkeit der Chöre konzentrierte sich vor allen Dingen nach dem Kriege auf das alte Liedgut, auch auf große Chor- Orchesterwerke. Haydn, Händel, Mozart, Beethoven u. a. wurden in den Programmen bekannte Namen. Obwohl die Inflation die Finanzkraft der Bewegung stark erschüttert hatte, die amerika- nischen Genossen unterstützten die deutschen Arbeiterlänger in er- heblichem Maße), konnte 1928 das 1. Arbeiterlänger-Bundesfest in Hannover stattfinden. Dieses Fest trug wesentlich zur Stärkung der multilateralen Kraft bei. Es war aber auch Anlaß zum Schaffen von neuer Kampfliteratur, von Bekennnis-Chorwerken.

Weiter hat die Wirtschaftskrise das für 1933 vor- gesehene II. Arbeiterlänger-Bundesfest unmöglich gemacht. Es wäre bei dieser Gelegenheit das Schaffen auf dem Gebiete der modernen proletarischen Kunst chorisch zum Ausdruck gekommen. Das wäre hefter Beweis gewesen für den unaufhaltsamen Fortschritt der Arbeiter-Sängerbewegung von 1892 bis 1932. So aber muß der 40. Geburtstag der proletarischen Chorbewegung ohne besondere Feierlichkeiten begangen werden. Groß ist die Arbeitslosigkeit innerhalb der Chöre. Stärker aber ist der Wille der Mitglieder und Funktionäre, auch weiterhin die Kunst des Chorgesanges in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Benotigende Annahme des neuen Bühnen-Tarifvertrages. Nachdem der Entwurf des neuen Tarifvertrages von dem Verwal- tungsrat der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger bereits vor einigen Tagen angenommen worden ist, wurde er nun auch von dem Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins genehmigt. Allerdings muß noch die Stellungnahme der einzelnen Mitglieder in schriftlicher Abstimmung eingeholt werden, um den Vertrag schon am 1. Januar 1933 in Kraft treten zu lassen. Für Berlin werden noch Verhandlungen über ein Sonderabkommen im Laufe dieser Spielzeit gepflogen werden.

Paul Szende:

Soweit die deutsche Zunge reicht...

Im Reiche der Blinden ist der Einäugige der König. ... Wie sich Sprichwörter im Leben bewahrheiten, dafür ist die bevorzugte Lage, die ich, dank meiner deutschen Kenntnisse, im Gymnasium genoss, besonders kennzeichnend.

Meine Eltern sprachen gut deutsch, der Vater sogar vorzüglich. Meine Mutter brachte mir schon zu Hause das deutsche Lesen und Schreiben bei, ich war auch imstande, aus freien Stücken einige deutsche Sätze zusammenzubringen. Trotz meiner ungarischen Aus- sprache galt ich daher in meiner Klasse als ein Wunderkinder, weil es, einen einzigen Buben ausgenommen, dessen Kenntnisse auch trotz der vielen Privatstunden nicht übermächtig waren, meine übrigen Schulkameraden niemals zuwege brachten, einen deutschen Satz ordentlich zu lesen, fehlerlos zu schreiben, geschweige denn selbständig zu verfassen.

Das Gymnasium lag in einer großen Bauernstadt inmitten der tiefsten Tiefebene, die Mehrzahl der Bevölkerung war fer- nambarisch, eine beträchtliche Minderheit stammte zwar von slowa- kischen Kolonisten ab, sie waren aber bereits damals weitgehend magyarisiert. Alle meine Schulkameraden - ob Juden oder Christen, ob Ungarn oder Slowaken, ob Sprößlinge von vermögenden Eltern oder Kinder armer Leute - glichen einander wie ein Ei dem anderen: keiner von ihnen kannte sich in der deutschen Sprache aus. Ein Schüler hatte deutschsprechende Eltern, die aus der Zips, aus Nordungarn eingewandert waren. Vater und Mutter radebrachten die ungarische Sprache, untereinander redeten sie nur deutsch, doch gelang es ihnen nicht, ihrem hoffnungsvollen Sohne auch nur ein einziges deutsches Wort beizubringen. Zu dieser Zeit war die Erinnerung an die blutige Willkürherrschaft der österreichischen Soldateska nach der Unterdrückung der ungarischen Revolution noch ziemlich lebendig; deutsch war die offizielle Sprache der Gegenrevolution, die hochmütige Erklärung „niz bajsih“ hatte daher noch immer den Gefühlswert einer trotzig- patriotischen Kundgebung. Sechs Jahre lang, von der dritten bis zur achten Gymnasialklasse, waren deutsche Sprache und deutsche Grammatik obligatorische Gegenstände; ein partielloser Geschichts- schreiber hätte schon damals feststellen können, daß am Ende des sechsten Jahres die Sprachkenntnisse meiner Schulkameraden wahr- haftig nicht bedeutender waren, als am herbeijungenden Anfang.

Ob unser Professor richtig deutsch hat sprechen können, das sehtestellen reichten unsere Kenntnisse nicht aus. Allerdings wäre es auch schwer gewesen, darüber Beweise zu erbringen. Er hatte stets ein Hilfsbuch, eigens für Mittelschullehrer angefertigt, in der Hand. Auf der linken Seite dieses Buches stand der deutsche Text, auf der rechten die ungarische Uebersetzung mit allen möglichen grammatikalischen Erläuterungen. Niemals ließ er dieses Buch aus der Hand, es ging die Legende, er könne, lag das Buch nicht unter seinem Kopfpolster, nicht einmal schlafen. Trotz unserer schlechten Aussprache konnten wir beurteilen, daß er mit einem starken slowakischen Akzent deutsch sprach, auf seine deutschen Sprachkenntnisse ließ aber diese Tatsache keine Schlüsse zu, denn ungarisch redete er trotz derselben slowakischen Aussprache, stehend, sogar korrekt. Der Unterricht beschränkte sich jahrelang darauf, daß wir ungenügende deutsche Zeilen auswendig lernen mußten, er las den Text vor, übersehte ihn ins Ungarische, erklärte uns das Geschlecht der Hauptwörter und ob die Zeitwörter stark oder schwach zu deklinieren seien, in der nächsten Stunde mußten wir den Text auswendig auflesen, ebenso das Geschlecht der Hauptwörter und die Konjugationsweise der Zeitwörter. Weder bei der Erläute- rung, noch beim Abfragen wandte er seine Augen von dem eigenen Buge ab, sein Schicksal schien mit ihm auf Gedeih und Verderb verbunden zu sein.

In Deutschland würde man es kaum glauben, was alles wir auswendig lernen mußten. Die ersten zehn Epos-Romane von Herder, drei Gesänge aus „Hermann und Dorothea“, zwei Akte aus Wilhelm Tell, einige Szenen aus Iphigenie, Proben - ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen - aus Wielands Oberon, sogar einige Duhend Zeilen aus Klopstocks Messias, von Lessings Emilia Galotti gar nicht zu sprechen. Außerdem eine ganze Reihe von Gedichten von Bürger, Goethe, Schiller, Lenau, Uhland usw. Die

Buben lernten alle diese Gedichte ebenso, wie die lateinischen und griechischen Texte oder wie die altungarischen Sprachmonumente. Es gab Büßler, die die deutschen Texte mit verblüffender Ge- läufigkeit ohne die geringste Störung minutenlang abzulesen ver- mochten, ob ein Deutscher davon etwas verstanden hätte, soll für alle Zeiten dahingestellt bleiben. Eines Tages kam der lutherische Superintendent, der in Ungarn den Titel eines Bischofs führt, das Gymnasium besuchen. Seine Eminenz gab sich nicht mit Fragen ab, er ließ alle Gegenstände auswendig vortragen, und wer am gefälligsten sprach, erwarb sich sein Lob. Die höchste Anerkennung erzielte ein Bub, der mit blitzender Schnelligkeit den Lauerer von Schiller deklamierte; in seinem Munde klang das Gedicht etwa so:

Der Totzer.

Wer wagt es, Ateomon oder Knop, Zu tohnen in diesen Schlund ...

Bei der schriftlichen Naturprüfung ruhte das Schicksal der ganzen Klasse auf meinen Schultern. Ich war mit der Arbeit schnell fertig, ließ mir aber Zeit, weil ich die Aufgabe in zwei Exemplaren abschreiben mußte. Dann gab ich die beiden Abschriften - die eine nach links, die andere nach rechts - weiter; nach im vorhinem bestimmtem Plane machten andere Schüler weitere Es- selschriften und so war bis zur Sperrstunde die ganze Klasse fertig. Aber fragt mich nur nicht, wie! Die Buben waren nicht einmal imstande, einen richtigen Text - in meiner Arbeit gab es nun einen Fehler - fehlerlos abzuschreiben, die meisten Arbeiten mim- melten von Fehlern, besonders die solcher Buben, die Abschriften aus zweiter oder dritter Hand erhalten hatten, einer konnte nur mit Mühe und Not davor gerettet werden, die Naturprüfung wiederholen zu müssen.

Ueber meine Reise in Amerika im Jahre 1912 berichtete ich bereits öfters. Bei dem internationalen Handelstongress in Boston machte ich die Bekanntschaft des Direktors einer dortigen staatlichen Handelsschule, dem meine Sprachkenntnisse mächtig imponierten. Er lud mich ein, die Schule zu besuchen und führte mich in allen Lehrsälen herum. Man forderte mich auf, Reden zu halten und Fragen an die Schüler zu richten, was mir ziemlich Schwierigkeiten verursachte. Ich trug ein Abzeichen des Kongresses, worauf auch der Name meines Landes Ungarn - Hungary - stand. In dem Saal, wo eben die Geographiestunde vor sich ging, fragte ich einen jungen Amerikaner, ob er wisse, wo Ungarn liegt. Nach längerem Nachdenken gab er die Antwort: Neben Griechenland. Ich mußte ihm öffentlich recht geben, denn in Wirklichkeit begann der Balkan damals bei Ungarn und endete bei Griechenland. Außerdem ist San Francisco von New York drei- mal so weit entfernt, wie Budapest von Athen und dennoch liegen beide Städte auf dem Gebiete desselben Reiches.

Endlich kamen wir in den Saal, wo deutsche Sprachwissen- schaft in jugamerikanische Gelehrte eingetrickert wurde. Der Direktor stellte mich als deutsche Sprachkapazität vor, der Lehrer erklärte auf englisch, was eben unterrichtet wurde. Die Schüler lasen einen deutschen Text. Es war die oberste Klasse der Han- delsschule, baumlange und kräftige junge Leute raderten sich mit der deutschen Sprache ab, der Reihe nach lezten sie die Lektüre fort, aber kein einziger unter ihnen war imstande, richtig zu lesen. Selbst die amerikanische Aussprache mit in den Kauf genommen, waren auch ihre Kenntnisse verschwindend klein. Und da währte ich mich in meine Heimat zurückzuerseht, ich dachte, es seien meine ehemaligen Schulkameraden, die diese Bänke brücken, von dem kleinen Unterschied in der Aussprache abgesehen, bot sich daselbe Bild, keiner konnte deutsch, weder lesen noch schreiben.

Ich war in der ärgsten Verlegenheit, was für Fragen ich eigentlich stellen sollte. Ich wandte mich an den Professor:

„Seit wann lernen die Jungen deutsch?“

„Den vierten Jah.“

Und da fühlte ich, daß Ungarn Boston näher sei, als Budapest Athen. Die ganze Welt ist nur eine Stadt. ...

Stadtrat Barthol gestorben

Der langjährige Dezernent der Städtischen Theater und Museen in Leipzig, Stadtrat Dr. Barthol, ist im Ruhestande gestern nach längerer Krankheit im Alter von 62 Jahren gestorben. Da seine Tätigkeit durchaus keine künstlerisch bedeutsame, sondern nur eine bürokratische und verwaltungsmäßige war, haben wir des Verstorbenen nur insoweit an dieser Stelle anerkennend zu ge- denken, als er es auf Grund seiner großen diplomatischen Geschick- lichkeit im allgemeinen verstand, Störungen, die zumal den städti- schen Theaterbetrieb manchmal von außen her bedrohten, möglichst abzumehren, und ferner deshalb, weil er den Kunstbetrieb durch eigene Eingriffe niemals ernstlich zu stören pflegte.

Kunstwerke im Tauschverkehr

Vom Ausstellungsartell Leipziger Künstlergruppen wird uns geschrieben: Die große Knappheit an Zahlungsmitteln hat den Umlauf von Kunstwerken nahezu lahmgelegt. Schon in verschiedenen Städten ist deshalb die Künstler auf den Ausweg gekommen, ihre Werke auch im Austausch abzugeben. Sie haben damit viel Beifall ge- funden und Erfolge gehabt.

Die Große Leipziger Jahresausstellung im Grassi-Museum, Hospitalkirche, führt dieses Jahr einen solchen Tauschverkehr in Leipzig ein. Dem Geschäftsmann usw. ist dadurch Gelegenheit gegeben, Kunstwerke zu erwerben gegen Dinge oder Leistungen, die er leichter entbehren kann als bares Geld. Bei diesem Tauschverkehr ist an alle Dinge gedacht, die im Leben gebraucht werden oder das Leben angenehm gestalten: Nahrungsmittel, Bekleidungsstücke, Gegenstände zur Wohnungs- einrichtung usw. Auch an Gegenleistungen ist gedacht, z. B. jahrmärzliche Behandlung, Sommeraufenthalt, Ateliervermietung und anderes. Ein kleiner Prozentsatz des Tauschwertes ist jedoch immer noch Käufer der Ausstellungsleitung in bar zur Deckung der Spesen abzuführen.

Da aber auch Barverkäufe dem Künstler unentbehrlich sind und recht lehr zu wünschen ist, daß auch diese zustande kommen, werden die Künstler in solchem Falle zumest dem Käufer noch entgegenkommen und auf die angegebenen, schon der Zeit an- gepaßten Preise noch einen weiteren Nachlaß gewähren. Die Kassens- stelle der Ausstellung gibt gern jede weitere Auskunft und ver- mittelt Nachfragen und Angebote. Auch steht ein schwarzes Brett für Ankündigungen dieser Art zur Verfügung.

Große Sächsische Kunstausstellung 1933. Nach Dresdener Mei- lungen ist die Große Sächsische Kunstausstellung für das Jahr 1933 endgültig gesichert. Die Ausstellung, die von der Akademie der bildenden Künste im Städtischen Ausstellungspalast in Dresden in den Sommermonaten des kommenden Jahres veranstaltet wird, soll einen umfassenden Ueberblick über das gesamte Kunstschaffen Sachsens geben. Die Akademie der bildenden Künste wird jetzt einen Ausschuß bilden, der die Einzelheiten für die Ausstellung ausarbeiten wird.

Jorgo Busianis

Es bleibt ein großes Verdienst der Galerie Barcsfeld, daß sie seit Jahren für eine Reihe von Künstlern eintritt, die jenseits von allem Publikumserfolg und öffentlicher Anerkennung konsequent und unbeirrbar ihr Schaffen ausbauen, die ohne Kon- zessionen ihre künstlerischen Erkenntnisse formulieren. Der Grieche Jorgo Busianis, der die letzten Jahre in Paris arbeitete, zeigt jetzt nach den fragmentarischen Andeutungen der Frühjahrs- ausstellung, die kein geschlossenes Bild seiner künstlerischen Weiter- entwicklung ergaben, eine Reihe großer und eindrucksvoller Aquar- relle, die seine Persönlichkeit eindeutiger deklarieren. In den Vor- trats, Landschaften und Stillleben, die großartig und knapp einen klaren Ausdrucks willen demonstrieren, zeigt sich ein ungewöhnlicher Gestalter. Meist sind es zwei, drei Farben, die unter kluger Aus- nützung des Papiergrundes zur Realisierung des Ergebnisses ver- wendet werden. Mit den einfachsten Mitteln werden überaus starke und eindringliche Wirkungen erzeugt, wird ein Form- und Farben- erlebnis suggeriert, wie es in den besten Blättern Roddes oder Kirchner nicht härter sein kann. Diese beiden Künstler werden nicht abfichtlos zitiert, vielmehr, weil in Busianis eine verwandte künstlerische Disposition zu erkennen ist. Nur ist Busianis in der farbigen Anschauung verhaltener und naturmäßiger, er geht aller Bunttheit bewußt aus dem Wege und vermeidet koloristische Ueber- spitzungen. Seine Porträts sind alle auf die Augen hin konzen- triert, Nasen und Mäuler sind nur noch formlose Andeutungen, die den Gesamteindruck des Kopfes kaum beeinflussen. Es ist erstaun- lich, wie leuchtend und lebendig so ein paar Augen mit ganz ab- strakten Mitteln realisiert worden sind. Die Blätter sind fast alle in einem rasanten Tempo hingeschrieben, dabei erscheinen sie aus- gewogen und geradezu raffiniert disponiert. In den Landschaften ist bei dem Verzicht auf Einzelheiten und naturalistische Wirklich- keit doch der spezielle Charakter erfasst, die Atmosphäre glaubhaft gemacht. Betrachten wir diese Genarolle als die beglückenden Vor- boten zu den neuen Bildern des Busianis, so freuen wir uns schon auf eine künftige Ausstellung, die dann allen Kunstfreunden zu einem ungewöhnlichen Erlebnis werden dürfte.

„Nach Sibirien“. Dieser Film (in der Alberthalle) ist nicht ungenügend, wenngleich er den Anforderungen anspruchsvoller Wobelaunen nicht standhält. Wobrichentlich ist es kein russischer Film, sondern ein polnischer. Aber zumindest weißt er in den bild- kräftigen Landschaftsaufnahmen starken russischen Einfluß auf. Ein Einfluß, der sich leider nicht auch auf die Handlung erstreckt, eine romantische Hintertreppengeschichte aus der revolutionären Stu- dentenbewegung im zaristischen Rußland von 1905. Aus dem Quaal von Inarretten und Kellererschütterungen entwickeln sich Treibblagen zwischen Volkstet und Revolutionären im Stile älterer amerikanischer Kriminalfilme. Also das ist handfester Kientopp, nicht frei von Kitsch, und wenn er dennoch sympathisch ist, so wegen seiner Ehrlichkeit. Der Kitsch tritt heute verbländener, anspruchs- voller auf. Dies aber ist noch ein lebensfähiges Reffektbild aus der guten alten Zeit des Stummfilms, mit angefügter Begleitmusik und Gesangsbelegungen.



„Grüne“ Weihnachten!

Sonnig und schneelos; tagsüber mild

Die Witterung der letzten Tage war besonders bemerkenswert durch ihre Beständigkeit und durch die außerordentlich großen Temperaturgegensätze zwischen dem südlichen und dem nördlichen Mitteleuropa.

In Norddeutschland dagegen und namentlich im nordwestlichen Binnenland war es für die Jahreszeit sehr mild, und soweit hier Fröste vorliefen, waren sie ganz gelind und beschränkten sich lediglich auf die Nachstunden.

Infolge der bei winterlichem Hochdruckwetter üblichen Temperaturumkehr in der Höhe herrschten auch im Gebirge höchst ungewöhnliche Wärmeverhältnisse.

Diese unzeitgemäße Erwärmung ist durch das Zusammenwirken zweier Faktoren bedingt, einmal durch den anhaltenden südlichen Warmluftstrom auf der Vorderseite der tiefen atlantischen Zyklogen, die während der letzten Woche über das Nordmeer nach dem Eismeer wanderten, ohne den hohen Druck über dem Festland abzubauen zu können.

Allen Anschein nach dauert das trockene, vielfach heitere oder wolkenlose Strahlungswetter noch weiter fort, so daß die Aussicht auf Schnee während der Weihnachtstage sowohl in der Ebene wie im Gebirge höchst gering ist.

Ein Fürsorgebetreuer braucht ein Bruchband

Selbstverständlich sieht die Wohlfahrtspflege sich verpflichtet, in einem solchen Falle helfend einzugreifen. Aber der Weg, den es den vom Bruchleidenden Begleiteten durchlaufen läßt, ehe er zu dem unentgeltlichen Hilfsmittel kommt, ist meilenlang.

Wandkalender für das Jahr 1933

Wie alljährlich stellt die Leipziger Volkszeitung auch in diesem Jahre ihren Abonnenten einen Wandkalender unentgeltlich zur Verfügung.

Wer hat das große Los?

Am 20. und 21. Dezember fand im großen Ziehungsaal des früheren Dienstgebäudes der Preussischen General-Lotteriedirektion, Berlin, Marktgrabenstraße, die Ziehung der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie statt.

Der Zwanzigtausendmarktgewinn fiel auf die Nummer 379 135, der Zehntausendmarktgewinn auf die Nummer 263 608, ein Fünftausendmarktgewinn auf die Nummer 858 031.

Die genannten Nummern sind in beiden Abteilungen A und B auf den gleichen Gewinn gezogen worden.

Von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Am Mittwochnachmittag, in der 18. Stunde, ereignete sich in der Kohlgartenstraße in der Nähe der Pflanzstraße ein schwerer Autounfall.

Freibank-Fleischverkauf. Morgen Sonnabend Freibank I und Freibank II Verkauf.

Weihnachtsgratifikation im Recht

Gerade in der heiligen Zeit hat sich gewiss mancher Arbeiter und Angestellte die Frage vorgelegt: Werde ich trotz der schlechten Zeiten, trotz des Umfahrganges, die bisher übliche Weihnachtsgratifikation erhalten?

Das Landesarbeitsgericht Berlin stellt sogar in einem Urteil, Band 106, Seite 807, ausdrücklich fest, daß der Anspruch auf Gratifikation nicht einmal in seiner Höhe berührt wird.

Die Zahlung einer Gratifikation braucht nicht vereinbart zu sein. Der Rechtsanspruch ergibt sich ohne weiteres, wenn der Unternehmer die Gratifikation bisher regelmäßig geleistet hat.

gemacht, daß Leistung und Verhalten des Personals zufriedenstellend sei. Als in einem Jahre die Gratifikation nicht geleistet wurde, hat das Landesarbeitsgericht die Firma zur Zahlung verurteilt.

In einem anderen Falle machte der Unternehmer geltend, daß der auf Zahlung Klagende sich zur Zeit der Gratifikationszahlung in gekündigtem Arbeitsverhältnis befunden habe.

Wenn daher heute versucht werden sollte, bisher gezahlte Gratifikationen nicht zu leisten, so müssen sich die Arbeiter und Angestellten dagegen wehren.

Diskussion über die „Lage“

Auf der rückwärtigen Plattform einer Straßenbahn, die aus Hohls kommt, unterhält sich ein alter Herr, er mag in den Sechzigern sein, mit einem jungen Mädchen, das Anfang der Zwanziger ist.

„Auf der rückwärtigen Plattform einer Straßenbahn, die aus Hohls kommt, unterhält sich ein alter Herr, er mag in den Sechzigern sein, mit einem jungen Mädchen, das Anfang der Zwanziger ist.“

„So, ins Theater wollen die? Das sind wohl Erwerbslose?“ erkundigte sich der Mann weiter.

„Er sah sie vielsagend und bezeichnend an!“ Seine Rechte hielt ihm mit demselben Gesichtsausdruck an.

Advertisement for '2 Neujahreskarten' (New Year cards) from Leipzig, mentioning 'Die Leipziger Buchdruckerei A. G.' and 'nach eigenen Entwürfen'.

Gerade ist zwischen den beiden das Gesprächsthema ziemlich erschöpft, da kommt unsere muntere „24“ am Fleischherplatz an.

Das sagt alles der Mann in seinem Gehrpeiz und er sieht dazu ganz zornig, ganz böse und auch ein bißchen verbittert drein, und der Mann schaut, auf Ehrenwort, in die Runde, schaut zu dem Schaffner und zu den Fahrgästen und rechnet auf — Beifall und Zustimmung.

Das sagt alles der Mann in seinem Gehrpeiz und er sieht dazu ganz zornig, ganz böse und auch ein bißchen verbittert drein, und der Mann schaut, auf Ehrenwort, in die Runde, schaut zu dem Schaffner und zu den Fahrgästen und rechnet auf — Beifall und Zustimmung.

Das sagt alles der Mann in seinem Gehrpeiz und er sieht dazu ganz zornig, ganz böse und auch ein bißchen verbittert drein, und der Mann schaut, auf Ehrenwort, in die Runde, schaut zu dem Schaffner und zu den Fahrgästen und rechnet auf — Beifall und Zustimmung.

Sandtaschendiebstahl

Am 20. Dezember ging gegen 12.30 Uhr eine 40 Jahre alte Frau in Begleitung ihrer Mutter die Karl-Taubnitz-Straße entlang.

Badenschluß am 24. Dezember

Nach dem Reichsgesetz vom 13. Dezember 1929 dürfen offene Verkaufsstellen am 24. Dezember nur bis 17 Uhr, Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel und Genussmittel oder Blumen verkauft werden, bis 18 Uhr für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein.

Öffnungszeiten der Museen während der Feiertage

Graßmuseum: 1. Feiertag geschlossen, 2. Feiertag geöffnet von 10.30 bis 14 Uhr.

Die öffentlichen Hallenbäder sind Sonnabend, den 24. und 31. Dezember 1932 von 8 bis 30 Uhr geöffnet mit Ausnahme des Westbades, Leipzig W 33, Marktstraße 2, das an diesen Tagen nur von 9 bis 20 Uhr geöffnet ist.

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Arbeiterjugend. Die Bogen über die Mitgliederbewegung müssen heute abend bestimmt abgegeben werden.

Arbeitskreis junger Sozialdemokraten. Stötteritz. Weihnachtsfeier. Sonntag, 7.45 Uhr bei Rothe oder 8.30 Uhr Bahnhof 8 — Sonntagstarke Doderichshöh. Musikinstrumente mitbringen.

Sozialistische Schülergemeinschaft. Gruppe 1. Annaberg-Fahrer treffen sich heute 19 Uhr im Studentenheim, Sidonienstraße 24.

Sozialistische Studentenschaft. Betrifft Wintersportfahrt. Wir treffen uns Sonnabend, 11 Uhr, im Heim zu einer kurzen Besprechung.

Gemeinschaft Kinderfreunde. Plagwitz-Schleußig. Gruppe Roter Ring, unser nächster Gruppenabend findet Donnerstag, 29. Dezember, 17.30 Uhr, im Heim statt.

Wahlheim. Alle Wintersportfahrer treffen sich heute, 19 Uhr, im Heim, Papier und Weißstift mitbringen.

Wahlen. Alle Hallen kommen am Sonnabend, von 18.30—18 Uhr, ins Turnerheim zum Märchenfilm mit Ueberraschungen.

Mitgliederveranstaltungen. Dehlig-Gaughl. Sonntag, 25. Dezember (1. Feiertag), 8.45 Uhr, am Bahnhof Dehlig. Ausflug nach Cröbern.

Die vorbringlichsten Aufgaben der Arbeitsbeschaffung. Ueber dieses Thema spricht heute Freitag von 19.30 Uhr an der Reichskommission für Arbeitsbeschaffung, Dr. Geseke, im Rundfunk.

